

Dokumentation

zur Veranstaltung

Methoden und aktuelle Kontroversen der politischen Bildung

21. und 22. Oktober 2004

Urania Wien

INHALT

Einführung ----- 3

Aktivierende Anfangsszenarien ----- 5

Praxisteil: Der rote Faden / Eine/n ausklatschen / Namen rappen /
Drunten am Bahnhof / Zählen nach Brook / Akrostichon zum Namen /
Schreibstaffette / Zwiebelschale ----- 6

WORKSHOP I

Arbeitsweisen und Veranstaltungsformen in der politischen Bildung

Leitung: Klaus-Peter Hufer ----- 11

Reflexionen über „gute politische Erwachsenenbildung“ ----- 11

Neue Lernformen in der Erwachsenenbildung ----- 12

Veranstaltungsformen in der außerschulischen politischen Bildung --- 15

WORKSHOP II

Lern- und Arbeitsformen politischer Bildung

Leitung: Erhard Meueler ----- 21

Konzept der subjektorientierten Erwachsenenbildung ----- 21

Didaktische und methodische Veranstaltungsplanung ----- 23

Praxisteil: Zeitungstheater / Schreiben zu Cartoons /
Sechs-Sätze-Referat / Skulpturen stellen ----- 24

Vortrag Klaus-Peter Hufer

Politische Erwachsenenbildung und der allgegenwärtige Zeitgeist ---- 33

Anschließende Diskussion ----- 44

Podiumsdiskussion

Über die (Un-)Möglichkeit, Erwachsene politisch zu bilden ----- 50

Workshopleiter ----- 76

Informationszentrum Politische Bildung ----- 78

Impressum:

Medieninhaber: Informationszentrum der Österreichischen Gesellschaft
für Politische Bildung

Mayerhofgasse 6/3
1040 Wien

Herstellung: Eigenvervielfältigung

Redaktion und Text: Marion Wisinger

Bearbeitung der Abschrift der Podiumsdiskussion: Wolfgang Russ

Lektorat: Barbara Schöllenger, Heidi Buchecker und Wolfgang Russ

Layout: Peter R. Horn

© März 2005

Liebe ErwachsenenbildnerInnen,
liebe Kollegen und Kolleginnen,

wir verstehen es als eine unserer wesentlichen Aufgaben, Sie bei Ihrer Arbeit zu unterstützen, Ihnen Anregungen und Projektideen zu vermitteln und gemeinsam über Methoden der politischen Bildung zu reflektieren. In diesem Sinne haben wir einen Methodenworkshop organisiert, der sich mit Lernwegen, Arbeitsweisen und Veranstaltungsformen beschäftigt. Wir gingen vor allem der Frage nach, wie Erwachsene motiviert werden können, sich einem offenen Gruppenprozess anzuvertrauen, alte Lernmuster beiseite zu lassen, um sich neue – politische – Lerninhalte anzueignen. Wer Erhard Meueler erlebt hat, der seriöse TeilnehmerInnen dazu gebracht hat, auf einem roten Bindfaden Melodien zu zupfen oder unvermittelt Grimassen zu schneiden, wird sich vielleicht kopfschüttelnd fragen: „Und was hat das mit Erwachsenenbildung zu tun?“ Klar, nicht jeder Opener ist für jede TeilnehmerInnengruppe geeignet, die Idee dahinter ist aber, die Anfangssituation in einer Veranstaltung der politischen Bildung zu entspannen, eine emotionale Bereitschaft für das Lernen in einer sich zufällig an einem Lernort versammelnden Gruppe zu schaffen. Die etwas steife Erwartungshaltung bedarf der Auflösung, es ist Geschmackssache, in welcher Form, aber wir können davon ausgehen, dass die Bereitschaft, von einander zu lernen, auf mehreren Ebenen – der kognitiven, emotionalen, persönlichen, ja auch körperlichen – bestärkt werden kann.

Da sind wir auch schon beim nächsten Thema unserer zweitägigen Veranstaltung. Politische Bildung ist wahrlich kein Renner im Bildungsbusiness, wo eher Kurse, die Ihre Persönlichkeit innerhalb weniger Stunden ändern können, oder videoüberwachte Anleitungen zu Führungskompetenz InteressentInnen finden. Politische Bildung möchte Selbstbestimmung und Kritikfähigkeit, Anleitung zum Handeln und zur persönli-

chen Freiheit fördern. Werte wie Menschlichkeit, Autonomie, Demokratie und Gerechtigkeit sind die Basis politischer Bildung, da werden politische BildnerInnen nicken. Auch für die große Anzahl von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Bildungseinrichtungen sind eben diese Werte und Haltungen von entscheidender Bedeutung für ihr Engagement. Wo bleibt da die Kosten-Nutzen Rechnung? Ist die Frage nach wirtschaftlichen Grundlagen fehl am Platz? Oder ist sie nur differenzierter zu stellen und zu beantworten? Diesen und ähnlichen Fragen ging das Referat des deutschen Politologen Klaus Peter Hufer und die anschließende Podiumsdiskussion, die Sie in dieser Dokumentation lesen können, nach. Ebenfalls zu finden ist eine Zusammenfassung der im Methodenworkshop vorgestellten Anleitungen samt weiterführenden Literaturhinweisen.

Wir weisen Sie noch auf unsere Tagungsmappe mit Basisinformationen hin, falls Sie noch keine besitzen, so ist sie unter info@politischebildung.at zu bestellen. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre, für vertiefende fachliche Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Das Team des Informationszentrums Politische Bildung

Wolfgang Russ und Marion Wisinger

„In allen Vorabplanungen muss der Gestaltung der Anfangssituation die größte didaktische und methodische Phantasie gelten. Hier fallen die Würfel für das Klima der weiteren Zusammenarbeit!“

Erhard Meueler

Aktivierende Anfangsszenarien

TeilnehmerInnen, die sich für eine Veranstaltung der politischen Bildung angemeldet haben, sind anfangs neugierig, was passieren wird, was von ihnen erwartet werden könnte, wer sonst noch da ist oder welche Inhalte auf sie warten. Das erzeugt nicht nur Erwartung und Spannung, sondern auch Unsicherheit in einer ungewohnten Umgebung. Es gibt auch TeilnehmerInnen, die nichts sagen, sich zurückziehen, sich bedroht fühlen oder in Opposition gehen. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse und Lernerfahrungen erfordern einen gelungenen aktivierenden Einstieg in den gemeinsamen Lernprozess. Individuelle Veränderungsprozesse, wie sie die politische Bildung mit sich bringt, erfordern ein gutes Gruppenklima und Vertrauen in das Lernangebot. Und es hat sich in der Praxis gezeigt, dass sich in dieser etwas stressigen Einstiegssituation Methoden zur Aktivierung bewähren, die ein entspanntes Körpergefühl erzeugen. Die möglicherweise zum Lachen bringen, die Energie in die Gruppe bringen und den Raum als Lernort erschließen und sinnlich be-greifbar machen. Dies gelingt etwa mit akustischen, rhythmischen oder gestisch-mimischen Übungen, um die Sinne zu wecken und die TeilnehmerInnen auf einer ungewohnten Ebene zu unterstützen, einmal etwas anderes zu machen und zu sein.

Sich diese halbe Stunde Zeit zu nehmen, also nicht nach einer knappen Vorstellungsrunde in das Programm einzusteigen, wie immer die Agenda auf dem Flipchart zu präsentieren oder gar vorgefertigte Lernvorgaben zu machen, lohnt sich spätestens dann, wenn sich die ersten TeilnehmerInnen entspannen, lachen, die anderen wahrnehmen. Dies

gelingt nur, wenn die Anfangssituation nicht frontal, sondern gemeinsam gestaltet wurde. Nun ist Platz und Aufmerksamkeit für intellektuelle, kognitive oder assoziative Lernschritte. Diese erste halbe Stunde, die bewusst mit dem eigentlichen Thema der Veranstaltung wenig zu tun hat, spricht die Sinne an, nebenbei können alle TeilnehmerInnen spielerisch in kürzester Zeit die Namen der anderen lernen und sich selbst einmal jenseits aller beruflichen und sachlichen Ernsthaftigkeiten präsentieren.

Es ist klar, dass sich nicht jede Übung für jede Gruppe eignet, aber ErwachsenenbildnerInnen sind oft überrascht, wie spielfreudig TeilnehmerInnen sind, denen Gelegenheit zur Überwindung ihrer Hemmungen und Bedenken angeboten wird. In Veranstaltungen der politischen Bildung geht es um Haltungen, Einstellungen und Meinungen, und je offener eine Gruppe miteinander umgehen kann, je mehr Vertrauen und Lernbereitschaft im Raum sind, desto schneller kann es zur Sache gehen. Nehmen Sie die folgenden Anleitungen für aktivierende Methoden daher als Anregung und probieren Sie die eine oder andere bei nächster Gelegenheit aus. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt!

PRAXISTEIL

Der rote Faden

Anleitung

Die TeilnehmerInnen bekommen einen langen roten Bindfaden, der vom Fuß bis über den Kopf reicht. Nun sollen sie den Faden unter die Sohle klemmen, ihn am anderen Ende um den Zeigefinger wickeln und in ein Ohr stecken. Dann wird an dem Faden wie an einem Bass gezupft. Nun können zwei TeilnehmerInnen einen Faden um den jeweils rechten Zeigefinger wickeln und den Finger in das eigene rechte Ohr stecken. Gemeinsam kann nun eine Melodie gespielt werden, eine/r erzeugt die Tonhöhe, der/die andere zupft!

Zeit: 10 Minuten

Ziel: Unkonventionelles Handeln, Gehör sensibilisieren, erster Kontakt zu

anderen TeilnehmerInnen, Koordination der Vorgangsweise, „roter Faden“ als Instrument am Beginn der Veranstaltung.

Eine/n ausklatschen

Anleitung

Eine/r beginnt, einen Rhythmus zu klatschen. Der/die Nächste wiederholt den Takt und erfindet erneut einen Rhythmus und gibt ihn an den/die NachbarIn weiter. So geht es fort, bis die ganze Runde durch ist.

Zeit: 15 Minuten, je nach Größe der Gruppe

Ziel: Durch das Klatschen werden die Rezeptoren in den Händen aktiviert, erhöhte Konzentration, Entspannung. Spielerische Möglichkeit, sich der Gruppe zu präsentieren, der Leistungsdruck sinkt, aktives Zuhören und Reaktionsvermögen werden gestärkt.

Namen rappen

Anleitung

Die Vornamen der TeilnehmerInnen werden nach einem bestimmten, von der Gruppe zunächst eingeübten Rhythmus gerufen und geklatscht. Z.B. ein/e TeilnehmerIn klatscht den Rhythmus zweimal und ruft dann ihren/seinen Namen, z.B. „Bern-hard“ oder „I-re-ne“, die anderen wiederholen den Namen zweimal im Rhythmus und klatschen und wiederholen dann alle Namen der Reihe nach, die bisher gerufen wurden. Dann ruft der/die Nächste ihren/seinen Namen. Wenn die TeilnehmerInnenrunde einmal durch ist, kennen sich alle beim Vornamen.

Variante: Sind alle durch, tanzen alle durcheinander und sprechen sich im Rhythmus rappend mit ihren Vornamen an.

Zeit: 20 Minuten

Ziel: In Anfangssituationen ist es wichtig, dass sich alle Beteiligten kennen lernen, sodass sie sich beim Vornamen ansprechen können. Die rhyth-

mische Übung lockert auf und bewirkt einen lebhaften sozial-emotionalen Kontakt, die Konzentration wird gefördert.

Drunten am Bahnhof

Ein Schüttelreim wird Zeile um Zeile von der Gruppe nachgesprochen. Der Reim wird geübt, bis er richtig gut sitzt, dazu werden passende Bewegungen einstudiert. Dann wird wie bei einem Kanon in Gruppen aufgeteilt. Eine Gruppe beginnt mit der ersten Zeile, dann setzt die nächste Gruppe fort, usw. Die gesamte Gruppe kann dirigiert werden, mal lauter mal leiser, zum Schluss hört eine Gruppe nach der anderen auf, alle werden leiser. Natürlich können auch politische Inhalte, etwa zum Thema der Veranstaltung passend, aufgesagt werden. Z.B.

„Drun-ten am Bahn-hof
ste-hen die Züü-ge
all in einer Reih-
kommt einer vom Walde,
dreht an einem Räd -chen
hui, weg sind sie...!“

Zeit: 15 Minuten

Ziel: Aufmerksamkeit und Konzentration werden durch das Auswendiglernen und den Rhythmus verbessert. Erste Kleingruppenbildung, erfordert gutes Zuhören und sich mit der Gruppe Verständigen. Wenn eine/r einen Fehler macht, fällt das nicht weiter auf. Die Kombination von Verszeile und einstudierter Bewegung aktiviert die Reaktionsfähigkeit.

Zählen nach Brook

Die Gruppe versucht gemeinsam bis 20 zu zählen. Es darf aber immer nur eine/r der Gruppe die nächste Zahl sagen, sprechen zwei auf einmal oder jemand unterbricht, dann muss mit 1 wieder begonnen werden. Es

sollte nicht mehr als dreimal mit 1 begonnen werden. Meistens gelingt es den Gruppen bis 10 zu zählen.

Zeit: 10 Minuten

Ziel: Die TeilnehmerInnen achten auf Reaktionen innerhalb der Gruppe, alle hören genau hin und wägen ab, ob sie nun „zählen“ sollen oder nicht. Rücksichtnahme und Konzentration werden gestärkt.

Akrostichon zum Namen

(gr. Akron = Spitze, stichos = Vers) Literarische Praxis, aus den ersten Buchstaben (Silben, Wörtern) aufeinanderfolgende Verse oder Strophen oder einen Satz zu bilden.

Anleitung

Alle ordnen in einer Vorstellungsrunde dem ersten Buchstaben ihres Vornamens ein Wort zu und schreiben dazu einen Nonsens-Vers.

Manfred: Maulesel maulen über jaulende Katzen

Erhard: Enten ruhen heute auf rosa Dächern

Achten Sie beim kreativen Schreiben grundsätzlich darauf, dass diese in wenigen Minuten entwickelten Texte nicht mit Bemerkungen wie „Ich habe so etwas noch nie gemacht, es ist mir auch nicht sonderlich gelungen, aber ich trag es doch einmal vor!“, eingeleitet werden. Es ist nur der pure Text ohne irgendwelche Kommentierung gefragt. Jede/r liest seinen /ihren Vers zweimal im Stehen („zu seinem Worte stehen“) vor, um danach etwas zur eigenen Person und den Motiven der Anwesenheit zu sagen. Ebenso ist Beifall untersagt, da der Beifall für die/den anderen immer mit dem selbst erzielten verglichen wird und aus der unterschiedlich ausfallenden Stärke Kleinheitsgefühle resultieren könnten.

(aus: Erhard Meueler, Lob des Scheiterns, Methoden- und Geschichtenbuch zur Erwachsenenbildung an der Universität, Schneider Verlag Hohengehren, Baltmannsweiler, 2001, S. 198.)

Zeit: 30 Minuten

Ziel: Anderen eine Gedächtnisstütze zu geben, sich alle Namen zu merken. Ironische Selbstdarstellung, Unfug ist erwünscht, lockert die Stimmung auf.

Schreibstafette

Anleitung

Ein witzige Übung zum Kennenlernen oder als Auflockerung zwischendurch. Zwei Gruppen stellen sich vor je einem Flipchart als Staffelläufer auf. Das Staffelholz ist ein Marker. Auf Kommando stürzen die ersten los und schreiben je das erste Wort eines möglichen Satzes an, dann übergeben sie die „Stafette“ und der/die zweite schreibt das zweite Wort. Mit dem/der letzten TeilnehmerIn einer Gruppe muss das letzte Wort eines (sinnvollen) Satzes geschrieben sein. Gewonnen hat die Gruppe, die als erste fertig ist.

Variante: Die beiden Sätze werden mit dem letzten Wort begonnen.

Die Übung wird beendet, indem der/die letzte den Satz mit starkem Ausdruck deklamiert. Die Gruppe wiederholt und intoniert den Satz mit gleicher Betonung.

Variante: Der Satz wird gerappt, zunächst wird ein Rhythmus aufgebaut, der von der ganzen Gruppe gehalten wird, dann traut sich eine/r, den Satz zu rappen. Der Satz kann auch in wechselndem Rhythmus gerappt werden.

Zeit: 30 Minuten

Ziel: Die TeilnehmerInnen stellen sich flexibel aufeinander ein, Kreativität ist gefragt, ebenso Schlagfertigkeit. Durch das gemeinsame Rhythmisieren entsteht eine lockere Atmosphäre. Manchmal ergibt sich ein Motto, wenn die TeilnehmerInnen Inhalte des Seminars/Workshops in ihre Schreibstafette aufnehmen.

Workshop I

Arbeitsweisen und Veranstaltungsformen in der politischen Bildung

Leitung: Klaus Peter Hufer

Der dreistündige Workshop soll unterschiedliche Lernformen der politischen Erwachsenenbildung thematisieren und einen Überblick über „traditionelle“ und „neue“ Methoden und Veranstaltungsformen in der politischen Bildung verschaffen. Basis der Dokumentation sind die von Klaus-Peter Hufer verteilten Unterlagen und Materialien. Am Beginn steht eine Zitate-Sammlung, die wichtige Aspekte politischer Bildung aufzeigt.

Reflexionen über „Gute Politische Erwachsenenbildung“ ...

„Gute politische Erwachsenenbildung? Sie ist natürlich teilnehmerorientiert (mit allen dazugehörigen Facetten), sie ist wissens- und konfliktorientiert und kritikgeleitet, sie ist vor allem Bildung, und sie ist nicht zuletzt politisch, was denn sonst?“

Klaus Ahlheim

„Mein zentraler Gedanke ist, dass politische Bildung bescheiden und anspruchsvoll zugleich sein muss; sie kann dann als ‚gut‘ bezeichnet werden, wenn ihr zweierlei gelingt: erstens Jugendliche und Erwachsene nachdenklich zu machen, vielleicht einen anderen, neuen Blick auf sich und die Welt zu wagen und zuzulassen; sie zum Nachdenken anzuregen. Sie ist zweitens ‚gut‘, wenn im Bildungsprozess von beiden Seiten – den Jugendlichen, jungen Erwachsenen und den Pädagogen (in Form einer ‚charmanten‘ Autorität) – erlebt und erfahren wird, dass politisches Lernen anstrengend, anregend und einladend ist, aber auch Spaß macht und zugleich zum Wiederkommen motiviert.“

Benno Hafeneeger

„Gut‘ ist relativ: für welche Zielgruppe gut? Welche Verwendungssituation? In welcher sozialen Lage? ... Gut war ein Seminar, wenn es mich nachdenklich gemacht hat. Auch: wenn es humorvoll und reich an Überraschungen war.“

Horst Siebert

„Gute‘ außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist menschenrechtlich fundiert, prinzipiell dialogisch konzipiert, hat keine Angst, Unterschiede und Gegensätze herauszuarbeiten und stehen zu lassen, und sagt etwas über Handlungseinstiege aus, die im sozialen und politischen Umfeld oder im sozialen und politischen Horizont der Teilnehmenden liegen.“

Johannes Weinberg

„Gute‘ außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist in Anlehnung an Kant: Unterstützung der Menschen beim Aufbau, bei der Bewahrung und bei der Verteidigung von weltbürgerlicher Mündigkeit.“

Bodo Zeuner

(alle Zitate aus: Klaus-Peter Hufer/Imke Scheurich/Kerstin Pohl [Hrsg.]: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2004)

Neue Lernformen in der Erwachsenenbildung

Die Stichworte der Gegenwart, die als Zeitdiagnosen gelten können, lauten beispielsweise „individualisierte Gesellschaft“, „Erlebnisgesellschaft“ oder „Spaßgesellschaft“. Andere Stichworte haben einen anderen Charakter, etwa Ökonomie und (Selbst-)Vermarktung, die unsere Diskussion über die Erwachsenenbildung seit geraumer Zeit beherrschen. In dieser Situation müssen sich die Einrichtungen der Erwachsenenbildung wieder verstärkt auf das besinnen, was sowieso Kriterium ihrer Arbeit war und ist: die Orientierung an den AdressatInnen und Teilnehmenden ihrer Ver-

anstaltungen. Die allgemeine und die politische Erwachsenenbildung waren schon immer auf einen „Bildungsmarkt“ verwiesen – schon lange vor der vielzitierten neoliberalen Gesellschaftsveränderung der letzten Jahre. Denn in der Erwachsenenbildung gilt der Grundsatz „Wer am ‚Bedarf‘ vorbeiplant, den bestraft das ausbleibende Publikum“. Die Programmkonstrukteure können nicht von einer zuverlässig erscheinenden Teilnehmerschaft ausgehen. Um diese muss geworben werden, und zwar immer aufs Neue.

Daher sind didaktische Offenheit und methodischer Einfallsreichtum der Erwachsenenbildung gefragt. Didaktische Prinzipien wie TeilnehmerInnen-, Zielgruppen-, Alltagsorientierung, ganzheitliche Bildung, Integration und Handlungsorientierung sind in der Erwachsenenbildung selbstverständlich. Entstanden sind zahlreiche kreative und motivierende Lern- und Arbeitsformen, etwa Zukunfts-, Geschichts-, Medien-, Schreibwerkstätten, Antirassismus- und Argumentationstrainings, biografische Ansätze, Sokratisches Gespräch u.a.. In diesen Veranstaltungen wird gemeinsam und kreativ an einem Bildungsergebnis gearbeitet. Der Bildungsstoff steht dabei nicht nur in Büchern oder auf Overheadfolien – er ist überall zu finden, im Betrieb, im Beisl, in Fußballstadien, er liegt regelrecht auf der Straße. Auch verharren Zukunftswerkstätten nicht in den Seminarräumen. Am Ende machen sie die Probe aufs Exempel und versuchen das, was zu kritisieren und zu verändern ist, auch in die Tat umsetzen. So sind aus VHS-Kursen schon städteplanerische Aktivitäten entstanden (nicht immer zur Freude der KommunalpolitikerInnen). Und Geschichtswerkstätten haben auf manchen „blinden“ – genauer braunen – Flecken einer städtischen Vergangenheit gezeigt. Antirassistische Bildungsinitiativen ergaben Netze gegenseitiger Nachbarschaftshilfe. Es gibt zahlreiche Beispiele integrativer Bildung, bei denen kulturelle und politische, politische und berufliche, kulturelle und berufliche Bildung miteinander verbunden werden.

VordenkerInnen statt BelehrerInnen

Solcherart orientierte Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung haben zwar inhaltliche und methodische „VordenkerInnen“, aber keine

„BelehrerInnen“, in ihnen wird nicht „leiterInnenzentriert“, sondern von allen partizipativ an einem gemeinsamen Ergebnis gearbeitet. Veranstaltungen der Erwachsenenbildung sind keine Orte für in erster Linie sich selbst darstellende „Dozenten“ und Dozentinnen“. Bei allem darf eine weiterhin an den Gedanken der Aufklärung und Selbstaufklärung festhaltende Bildung nicht außer acht lassen, dass es bei dieser Arbeit immer noch (und weiterhin) um die Emanzipation der Teilnehmenden aus Herrschaftszwängen und demokratisch nicht legitimierten Machtverhältnissen geht. Und diese gibt es auch in der vermeintlich individualisierten Erlebnisgesellschaft.

Erwachsenenbildung steht in einer republikanischen und liberalen Tradition. Diktaturen war sie schon immer ein Dorn im Auge. Kein Wunder, dass auch die „Diktatur des Profits“ (siehe *Viviane Forrester*) harsch auf sie reagiert, und zwar durch

- eine besondere (gar ausschließliche) Betonung des Qualifizierungsgedankens anstelle einer Bildungsidee,
- die Marginalisierung kritischer, emanzipatorischer Bildungsintentionen,
- sukzessive Auflösung der bewährten Institutionen durch das breit geförderte Programm des selbst gesteuerten Lernens (e-learning),
- die immer wiederkehrende Legitimationsfrage bei Rentabilität oder Nichtrentabilität von Veranstaltungen.

Aber: Wenn die Zeichen so eindeutig und nahezu ausschließlich wie derzeit auf Ökonomisierung, Standortsicherung, Globalisierung, Flexibilität, Qualifizierung und Effizienzsteigerung auf der einen und den vielen Auseinandersetzungen mit dem Selbst (Selbstbestimmung, Selbstorientierung, Selbstinszenierung, Selbstverwirklichung, Selbststeuerung ...) auf der anderen Seite stehen – in der Gesellschaft, aber auch im Mainstream der etablierten Weiterbildung –, dann bedarf es einer Institution, die kritisch korrigiert und gegensteuert.

Veranstaltungsformen in der außerschulischen politischen Bildung

Bei der folgenden Systematik muss berücksichtigt werden, dass nirgendwo nur eine Form ausschließlich praktiziert wird. Für die außerschulische politische Erwachsenenbildung kennzeichnend ist, „dass sie sehr unterschiedliche Verhaltensanforderungen stellen kann“. Gleichwohl gibt es Spezifika und charakteristische Angebotsprofile, die zielgruppen- und institutionenbedingt sind. Die Angebotsformen einer Akademie z. B. unterscheiden sich erheblich von denen einer Volkshochschule, und diese wiederum planen ein vollkommen anderes Programm als eine Einrichtung der außerschulischen Jugendbildung oder ein Verein, der sich in der offenen Jugendbildung engagiert.

1. Klassische Veranstaltungsformen:

Die „klassischen“ Veranstaltungsformen sind Vortrag, Kurs, Seminar, Gesprächskreis und Arbeitskreis.

Bei einem **Vortrag** behandelt ein/e RednerIn „ein angekündigtes Thema bei einmaliger Gelegenheit in zusammenhängender Rede“. Der Vortrag ist nicht unumstritten, denn es besteht die Gefahr, dass er über die Köpfe der Teilnehmenden hinweg geht, diese passiv hält, und am Ende bleibt bei diesen oft nur ein ausschnitthaftes Minimum des Dargebotenen übrig. Aber – so wird dagegen gesetzt – es „ist der Hörer in gewisser Weise auch aktiv: Er denkt und schreibt mit“ (*W. Baumann u. a. 1976, 48*). Für ein lerngewohntes Publikum ist die Vortragsveranstaltung nach wie vor eine wichtige Informationsquelle, zumal, wenn sie nach den Ausführungen Nachfragen und Diskussion zulässt. Mehrere aufeinander folgende Vorträge ergeben eine **Vortragsreihe**, wenn sie um denselben thematischen Zusammenhang kreisen, und diesen aus unterschiedlicher Sicht und von diversen ReferentInnen präsentiert, beleuchten.

Der **Kurs** steht unter einem Thema, findet regelmäßig, üblicherweise an

einem oder mehreren Abenden in der Woche statt und hat dieselbe Leitung, welche „in starkem Maße Aufgaben der Motivation und Information übernimmt“ (J. Knoll 1986, 60). Der Stoff wird systematisch und aufbauend vermittelt.

Das **Seminar** ist eine zeitlich kompakte Veranstaltungsform, die über einen oder mehrere Tage geht. Es steht mehr zusammenhängende Zeit zur Verfügung, die es ermöglicht, die Teilnehmenden aktiv in das Geschehen einzubeziehen. Dementsprechend können unterschiedliche Methoden eingesetzt und es kann dem Bedürfnis nach sozialen Kontakten und Kommunikation entsprochen werden.

Der **Gesprächskreis** hat eine lose Leitung, die in das Thema einführt, technisch-organisatorische Voraussetzungen schafft und ansonsten den Gesprächsverlauf moderiert. Dieser wird den Teilnehmenden überlassen, die aufgrund ihrer Vorkenntnisse und Erfahrungen „wechselweise eine ‚Expertenrolle‘ übernehmen“ (J. Knoll 1986, 59).

Beim **Arbeitskreis** beteiligen sich die Teilnehmenden gemeinsam und selbstbestimmt an der Lösung einer Aufgabe, der Erarbeitung eines thematischen Zusammenhangs bzw. der Erschließung eines Inhalts. Die Leitung hat Sachkunde einzubringen und die Arbeitsergebnisse zu koordinieren.

Bei der **Podiumsdiskussion** wird ein aspektreiches oder konträres Thema dargestellt und von möglichst vielen Seiten aus debattiert. Dabei werden ExpertInnen unterschiedlicher Standorte und Sichtweisen versammelt, um sich gemeinsam und unter der Leitung eines/r Moderators/in mit einem Thema bzw. einer Fragestellung auseinanderzusetzen.

Die **Tagung** „vereinigt den Charakter des wissenschaftlichen Fachkongresses mit Elementen des Seminars“ (U.O. Sievering, in: K.-P. Hufer 1999). Tagungen erstrecken sich in der Regel – wie der Name ausdrückt – über einen oder mehrere Tage hinweg. Bei Tagungen können verschiedene kleinere Veranstaltungsformen variiert und integriert werden: Vorträ-

ge, Podien und Sequenzen mit Gesprächs- bzw. Arbeitskreischarakter. Um eine Tagung durchzuführen, sind entsprechende räumliche und organisatorische Voraussetzungen erforderlich (Plenum, Arbeitsräume, Verpflegung, Übernachtung).

Studienreisen sind „Veranstaltungsangebote, die das Reisen, den Ortswechsel, die ‚touristische‘ Dimension und sinnliche Qualitäten des Erlebens und Sehens, z. B. Besichtigungen, Alltagsbeobachtungen und Erkundungen, mit interkulturellen Begegnungen und traditionellen Seminarformen wie Referate, Diskussionen u.a.m. verbinden“ (P. Ciupke, in K.-P. Hufer 1999). Sie haben eine lange Tradition in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung; ihr pädagogischer Wert ist unumstritten, auch wenn in mitunter demagogischer Absicht öffentlich Zweifel geäußert werden („Urlaub“). Eine zeitliche und entfernungsmaßig verkürzte Form der Studienreise ist die **Exkursion**. Auch sie ermöglicht Begegnungen, Erkundungen und Entdeckungen und ist, da sie wesentlich leichter zu planen ist als mehrtägige Studienfahrten, als einmalige Veranstaltung ebenso einzusetzen wie als Teil eines umfassenden pädagogischen Programms.

2. Neuere Veranstaltungsformen:

In Zusammenhang mit der paradigmatischen Neu- und Umorientierung bzw. didaktischen Wende in der Erwachsenen- und Jugendbildung sind zahlreiche Angebotsformen entwickelt und erprobt worden.

Werkstätten sind eine vom Ausgang und Ziel her offene Begegnungs-, Bearbeitungs- und Lernmöglichkeit. In ihnen widmen sich die TeilnehmerInnen gleichberechtigt, selbstbestimmt und arbeitsteilig einem Thema, Medium oder Raum. Am Ende soll ein Produkt oder Ergebnis präsentiert werden (z. B. eine Dokumentation, ein Film, ein konkreter Vorschlag, z. B. zur Verbesserung des lokalen Umfeldes). In Werkstätten beschäftigen sich die in ihnen Mitarbeitenden mit einer meist „vor Ort“

bestehenden Frage, einem auch lokal bedeutsamen Vorgang, (auto-)biographischen Prozessen und sinnlich erfahr- und vermittelbaren Ereignissen. Es sind mehrere Varianten entstanden: **Geschichts-, Zukunfts-, Schreib-, Medienwerkstätten**. Die Arbeit der Werkstätten ist handlungsorientiert, was wegen der Brisanz mancher Themen zu Widerständen aus dem politischen Umfeld bzw. von Seiten des Bildungsträgers führen kann.

Trainings sind Veranstaltungsformen, die zunächst weniger auf politisches Wissen, sondern mehr auf politisches Verhalten zielen. Dabei sollen Einstellungen überprüft und Verhaltensweisen geändert werden. Im Schonraum einer Art Laborsituation werden Situationen simuliert sowie Reaktionsformen diskutiert und trainiert, die den Teilnehmenden Sorge bereiten, sie empören, verunsichern und die sie gerne ändern möchten. Für die politische Bildung relevant sind diese Veranstaltungen, weil sie nicht auf nur individuelle oder gar egoistische Selbstbehauptung und –durchsetzung zielen, sondern weil sie demokratische Tugenden und zivilisiertes Verhalten fördern wollen. So gibt es z. B. Trainings gegen Rassismus, Gewalt, Stammtischparolen oder für solidarische Nachbarschaftshilfe (K.-P. Hufer 1995). Das politikdidaktische Prinzip der Handlungsorientierung ist integraler Bestandteil der Trainings. Von Bedeutung für das politische Lernen ist, dass diese Trainings über die Reflexion des Verhaltens auch zu politischem Wissen führen (K.-P. Hufer 1995). Die Palette innovativer politischer Bildungsangebote umfasst noch zahlreiche weitere Lehr-, Lern- und Veranstaltungsformen: Plan- und Simulationsspiel, Hearing, politisches Theater, Sokratisches Gespräch¹, biographisches

1 Ein „Sokratisches Gespräch“ ist ein von einer ausgebildeten Leitung betreutes Gruppengespräch mit sechs bis zehn TeilnehmerInnen, das der gemeinschaftlichen Klärung von konkret bestehenden, oft aber unreflektiert gebrauchten Begriffskonzepten des Alltagswissens dient, die für die weltanschaulich-philosophische, moralische und politische Orientierung der TeilnehmerInnen grundlegend sind. Man verfährt argumentativ und strebt im Ergebnis einen Konsens an. In der Tradition der von Platon überlieferten „Sokratischen Dialoge“ beginnt die Reflexion bei konkreten Beispielen der Alltagserfahrung. Entscheidend sind dabei eine symmetrische, auf Gleichberechtigung aller Beteiligten beruhende Kommunikationsstruktur, der Verzicht auf Belehrung und Autoritäten, die Bereitschaft, die eigenen Auffassungen der Kritik zu stellen, und das redliche Bemühen um klare Argumentation und wechselseitige Verständigung.

http://www.sowi-online.de/methoden/lexikon/sokratisches_gespraech_popp.htm

Lernen, Politischer Club, kommunalpolitisches Praktikum, politisches Fahrradfahren, Internet-Café, integrative Projekte (technische, berufliche, ökologische, kulturelle und politische Bildung) etc. (G. Gugel 1993; K.-P. Hufer 1992, 96-164; 1995)

3. Ausblick

Die Vielfalt der Lern- und Veranstaltungsformen widerlegt das häufige Lamento von einer „Krise“, in der sich außerschulische politische Bildung befindet. Es kann gezeigt werden, wie kreativ und differenziert die in ihr pädagogisch Tätigen auf die Herausforderungen einer sich verändernden Gesellschaft reagiert haben. Diese Fähigkeit wird in Zukunft besonders wichtig sein, da die politische Erwachsenenbildung vor einer Reihe von eminenten Fragen und Problemen steht:

- Zunehmend ist der Bildungsurlaub (in Deutschland) in Zweifel und unter Legitimationsdruck geraten (damit wird es schwierig, noch längerfristige Veranstaltungsangebote durchzuführen).
- Deutlich artikuliert wird eine Tendenz, Bildungsveranstaltungen nach (fraglichen) „Qualitätsmaßstäben“ zu bemessen. Wenn sich diese Tendenz durchsetzt, dann verliert die politische Bildung ihren Freiraum, den sie braucht, um teilnehmerInnen- und gruppenspezifische und situationsangemessene Bildungsprozesse herbeizuführen.
- Viele Anerkennungs- und Förderungsbestimmungen für politische Bildung berücksichtigen nicht die didaktische und methodische Entwicklung. Gefördert wird oft nur das, was dem traditionellen Lernverständnis („organisiertes Lernen“) entspricht. Neuere Ansätze und Formen haben mitunter keine Chance, bezuschusst zu werden.
- Auch der offensichtlich gewordene „Weg in die Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“ (Zeitforscher Jürgen Rinderspacher) wird Konsequenzen für die Organisationsstruktur der Erwachsenenbildung haben. Schon jetzt ist erkennbar, dass die klassischen Abendkurse weniger nachgefragt sind als noch vor einigen Jahren. Gefordert werden „neue Zeitfenster für die Weiterbildung“ (W. Nahrstedt/D. Brinkmann 1997).

- Die Verschränkung von Lebenswelt und System sowie die vielfach konstatierte „Entgrenzung von Politik“ (Ulrich Beck) führen dazu, dass institutionalisierte politische Bildung ihre geschlossenen Lernräume verlassen und neue, im Alltag der Menschen sich befindende Lernorte aufsuchen muss (K.-P. Hufer 1997).
- Politische Bildung im außerschulischen Bereich wird noch mehr in Konkurrenzbedrängnis geraten durch eine sich weiter ausfächernde Multimedien-, Informations- und Erlebnisgesellschaft. Das sich hier entwickelnde Lebensgefühl und die entstehenden Sozialisationsprozesse stehen oft im Widerspruch zu den Zielvorstellungen politischer Bildung, nämlich Öffentlichkeit, Kommunikation, Reflexion über eigene und allgemeine Interessen, Orientierungswissen herbeizuführen. „Aber wer sich als Veranstalter weigert, auch moderne, attraktive Veranstaltungsformen mit Erlebnischarakter anzubieten, zahlt einen hohen Preis: ausbleibendes Publikum.“ (G. Behrens, in: K.-P. Hufer 1999)

Literaturhinweise im Text:

W. Baumann, Einführung für Kursleiter an Volkshochschulen, Bonn, 1976
 Günther Gugel, Praxis politischer Bildungsarbeit. Methoden und Arbeitshilfen, Tübingen, 1993
 Klaus-Peter Hufer, Politische Erwachsenenbildung, Strukturen, Probleme, didaktische Ansätze – eine Einführung, Schwalbach/Ts., 1992
 Klaus-Peter Hufer, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Schwalbach/Ts., 1995
 Klaus-Peter Hufer, Georg Weißeno, Lexikon der politischen Bildung, Außerschulische Jugendbildung und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts., 1999
 Jörg Knoll, Kurs- und Seminarmethoden, München, 1986
 Wolfgang Nahrstedt, Dieter Brinkmann, Neue Zeitfenster für Weiterbildung?, Bremen, 1997
 Jürgen P. Rinderspacher, Zukunft: Über Konzepte und Methoden zeitlicher Fernorientierung, Bochum, 1997
 Horst Siebert, Didaktisches Handeln in der Erwachsenenbildung, Neuwied, Kriftel u. Berlin, 1996

Quelle: Wolfgang W. Mickel (Hrsg.), Handbuch zur politischen Bildung, Bonn, 1999

„Mir geht es um die Ermöglichung von dialogisch gestalteten didaktischen Situationen, in denen sich die Beteiligten als Subjekte erleben, sozial anerkannt, kompetent und kreativ, bar jeden Drucks, sich auf Kosten anderer selbst behaupten zu müssen. Politische Erwachsenenbildung ist die Kunst der Begleitung politischer Subjektentwicklung.“

Erhard Meueler

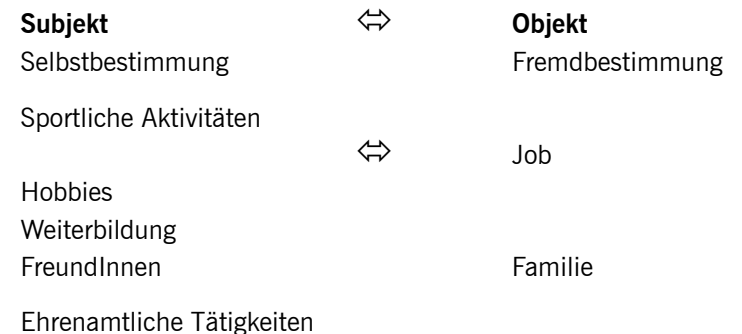
Workshop II

Lern- und Arbeitsformen politischer Bildung
 Leitung: Erhard Meueler

Konzept der subjektorientierten Erwachsenenbildung

Der Nachmittag beginnt mit einleitenden Überlegungen Erhard Meuelers zum Thema Subjekt und Objekt. Zunächst halten die TeilnehmerInnen in einer Tabelle fest, wo sie sich ihrer Meinung nach im Alltag als Subjekt (selbstbestimmt) oder eher als Objekt (fremdbestimmt) empfinden. Wo es die Möglichkeit gibt, von der Fremdbestimmung in Richtung Selbstbestimmung zu wechseln, soll ein Pfeil die Subjektentwicklung visualisieren.

z.B.



Nun wird der individuelle Raster auf Lernsituationen in der politischen Bildung umgelegt. Es geht in Meuelers Konzept einer subjektorientierten

Erwachsenenbildung darum, die „Türen des Käfigs“ zu öffnen, also sich von Fremdbestimmung, Unterlegenheit und auch einer inneren Triebdynamik zu befreien. Niemand von uns kann über seine/ihre Lebensumstände beliebig verfügen, aber wir sind frei, diese Begrenzungen zu erkennen, um – stets Objekt und Subjekt zugleich – die Subjektanteile zu vermehren und zu erweitern. Es liegt am Individuum, sich der Objekthaftigkeit zu widersetzen und durch Selbstreflexivität und Bildung frei zu handeln. Vor diesem Hintergrund entwickelte Meueler einen Subjektbegriff, dessen wesentliches Kennzeichen die schöpferische Kraft jedes Menschen ist, der seine Subjekthaftigkeit kämpferisch aus der Position totaler Vergesellschaftung heraus entwickelt. Gleichzeitig aber ist diese Subjekthaftigkeit an „Beziehungsfähigkeit“, „solidarische Wertschätzung“ und „Offenheit für fremdes Leid“ gebunden. Subjekthaftigkeit wird damit zum „Deutungsmuster gelingenden Lebens“. Bildung ist einerseits der Schlüssel zur marktgerechten Qualifizierung, andererseits steht Bildung für „Selbstdenken, Selbstbestimmung, als Selbstaneignung“ und „gegen die pure Verzweckung der Person im Arbeitsalltag, gegen die Beschränkung auf funktionale Subjektivität“.

Bildung wird von Meueler als „Subjektentwicklung“ verstanden. Entwicklung von Subjekthaftigkeit beinhaltet die Veränderung und Erweiterung von Fähigkeiten, Wünschen, Ideen, Erfahrungen, Einsichten, Wissen, Kreativität und die Kritik an Normen und Gewohnheiten, die in ihrem politischen Zusammenhang reflektiert werden. Indem eine Person sich selbst zu konstituieren lernt, lernt sie politisch, nicht mehr Untertan zu sein. Wenn Ohnmachtsgefühle wahrgenommen, ausformuliert und die eigene Position im Geflecht gesellschaftlicher Krisen definiert werden, findet politisches Lernen statt. Lernen ist nicht nur die Übernahme von neuem Wissen, sondern ist ein wechselseitiger Prozess, ein aktives Neuproduzieren von Verarbeitungsmustern. Meueler meint überdies, der/die ErwachsenenlehrerIn schulde dem Gegenüber gewisse Aufgaben, und zwar sachliche Zumutungen, Provokationen und Herausforderungen, um ein Spannungsgefüge zu erzeugen. Die „Kunst der Begleitung“ müsse entwickelt werden.

(siehe: Erhard Meueler, Die Türen des Käfigs, Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung, 2. Aufl., Stuttgart, 1998, erste Auflage 1993)

Erhard Meueler, Die Kunst der Begleitung politischer Subjektentwicklung ist eine lebenslang nicht auszulernende Kunst, in: Positionen Politischer Bildung 2, Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, hrsg. v. Klaus-Peter Hufer, Kerstin Pohl, Imke Scheurich, Wochenschauverlag, Schwalbach 2004, S. 176–193.)

Didaktische und methodische Veranstaltungsplanung

Bei der Planung einer Veranstaltung der politischen Bildung ist es sinnvoll, einen Überblick über Fragestellungen und Zielsetzungen zu haben. Dieser Fragen-Raster zur didaktischen und methodischen Strukturierung von Lernmöglichkeiten soll ErwachsenenbildnerInnen (von Erhard Meueler hier ErwachsenenlehrerIn genannt) unterstützen, sich zu überlegen, wie die Vorbereitung gestaltet werden kann und welche Bedürfnisse und Wünsche von den Teilnehmenden möglicherweise zu erwarten sind.

1. Wer ist mein Gegenüber? (Teilnehmende, Zielgruppe)
2. Welches sind die von den Teilnehmenden zu bewältigenden Probleme und konkreten Situationen, die zu beantwortenden, offenen Fragen?
3. Welche Lernerfordernisse ergeben sich für mich als ErwachsenenlehrerIn von der Problemanalyse unter Punkt 2 her?
4. Welche Lernerfordernisse und Lernwünsche bestehen auf der Teilnehmendenseite? Wie erhebe ich sie?
5. Welche Ziele wollen wir zur Bewältigung der unter Punkt 2 ermittelten Probleme und Situationen als Kompetenzen, erweiterte Fähigkeiten, Fertigkeiten, Kenntnisse, Einsichten und Qualifikationen anstreben? Wie balancieren wir dabei gemeinsam die Lernerfordernisse und die Lernbedürfnisse als Lernwünsche der Teilnehmenden miteinander aus (Lehr-Lern-Vertrag¹)?

1 Der Lehr-Lern-Vertrag soll deutlich machen, dass bei seiner Annahme durch die Beteiligten die hier realisierte Freiheit kein großzügiges Geschenk des/der Leiters /in, sondern selbstverständlich gehandhabte Grundlage der Zusammenarbeit aller beteiligten Erwachsenen ist. Der Vertrag ist ein stabiler Bezugsrahmen der gemeinsamer Arbeit, sowohl was die Arbeitsorganisation wie die Stetigkeit des/der LeiterInnenverhaltens betrifft. (siehe Meueler, Erwachsene lernen, 1998)

6. Auf welchen Wegen wollen wir vorgehen (Methoden-Vorschläge der/des Lernenden als Angebot bewährter Praxisformen)?
7. Wie wollen wir miteinander umgehen?
8. Womit wollen wir beginnen und was folgt dann als zweites, was als drittes (Aufbau des Seminars, Zeitgestaltung)?
9. Wer wird für was verantwortlich sein (Aufteilung von Aufgaben zwischen Lehrenden und Lernenden)?
10. Was soll als Erfolg des angestrebten Lernens festgelegt werden? Welche Handlungskonsequenzen soll das gemeinsame Lernen haben?

(Arbeitsunterlage von Erhard Meueler)

PRAXISTEIL

Erhard Meueler bot für den Praxisteil des Workshops die Bearbeitung unterschiedlicher Arbeitsweisen politischer Bildung (*Zeitungstheater*, *Schreiben zu Cartoons*, *Sechs-Sätze-Referat*) sowie eine Veranschaulichung von möglichen Aufgaben und dem Selbstverständnis von ErwachsenenbildnerInnen am Beispiel der Methode *Skulpturen stellen* an. Die Gruppe entschied sich für die Anleitung zum Zeitungstheater und probierte die Methode gleich aus.

Die anderen Methoden, die Meueler nur kurz vorstellte, werden hier zusätzlich beschrieben.

Zeitungstheater

Anleitung

Die TeilnehmerInnen sehen die Tagesmeldungen verschiedener Zeitungen durch und überlegen, welcher Beitrag, Artikel oder welche Headline sie persönlich anspricht. Anschließend werden Kleingruppen gebildet, die je eine Zeitungsmeldung auswählen. Dann entwickelt jede Gruppe eine kurze Szene, die den Inhalt der Zeitungsmeldung wiedergibt. Der Inhalt der Zeitungsmeldung und „fehlende“ Informationen sollen nachgespielt wer-

den. Die Zeitungsmeldung wird bei der Darstellung (vorher, währenddessen oder im nachhinein) vorgelesen. Nach einer Probephase (mindestens eine halbe Stunde) wird die Szene im Plenum vorgespielt. Die beobachtenden anderen TeilnehmerInnen erzählen, was sie gesehen haben, und diskutieren über Inhalt und Hintergrund der Zeitungsmeldung.

Zeit: ca. 2 Stunden

Material

Verschiedene Tageszeitungen. Es können auch Meldungen eines Fernsehsenders, die Rede eines/r PolitikerIn oder das Wahlprogramm einer Partei verwendet werden.

Ziel: Geübt wird die Fähigkeit, genau zu lesen, um die (oft nicht erwähnten oder nur angedeuteten) Hintergründe und Inhalte von Meldungen zu erfassen. Es wird mit dem Vokabular von Nachrichten gearbeitet, das wichtige Informationen hinter Klischees und Feindbildern verdeckt. Die szenische Darstellung kann die Aussage der Zeitungsmeldung hinterfragen oder ergänzen.²

Weitere Techniken und Varianten des Zeitungstheaters nach Augusto Boal

(aus: Augusto Boal, *Theater der Unterdrückten*, Frankfurt 1979, S. 29 ff.)

1. Einfaches Lesen

Die einzelnen Meldungen werden ohne Kommentar vorgelesen.

2. Vervollständigendes Lesen

Hier wird der Meldung eine zusätzliche Aussage hinzugefügt, die zuvor von der Presse unterschlagen wurde.

2 „Da Politik überwiegend medial vermittelt wird, erfordert politisches Lernen eine Medienkompetenz. Seit der Veröffentlichung von McLuhan wissen wir, dass die Massenmedien nicht nur über Politik informieren, sondern (...) Politik inszenieren und konstruieren.“ (Horst Siebert, S. 256, in: Positionen der politischen Bildung 2, Hg. Klaus-Peter Hufer, Kerstin Pohl und Imke Scheurich, Schwalbach/Ts., 2004.)

3. Gekoppeltes Lesen

Darunter wird das Vorlesen von Meldungen aus mehreren Artikeln verstanden, die sich widersprechen, einander dementieren oder aufheben.

4. Rhythmisches Lesen

Durch das rhythmische Vortragen eines Textes werden bestimmte Assoziationen geweckt. Beispiel: Bericht von einer Pressekonferenz einer politischen Partei im Marsch-, Tango- oder Walzerrhythmus.

5. Untermaltes Lesen

Ähnlich wie beim vervollständigenden Lesen werden hier zu den Aussagen Zusätze angebracht. Diesmal jedoch durch Wahlkampf-sprüche oder typische Aussprüche von PolitikerInnen.

6. Pantomimisches Lesen

Durch einen gewollt großen Gegensatz zwischen Text und Präsentation soll die Aussage karikiert werden. Beispiel: Rede des Sozialministers über Einsparungsmaßnahmen im Sozialsystem. Er sitzt dabei an einem reichlich gedeckten Tisch.

7. Improvisiertes Lesen

Als Variante zum pantomimischen Lesen wird hier die Meldung szenisch nachgezeichnet.

8. Historisches Lesen

Hier wird eine Meldung mit anderen (ähnlichen) geschichtlichen Ereignissen in Beziehung gesetzt. Es geht darum, sich die historischen Alternativen zu vergegenwärtigen, um aus der Geschichte zu lernen.

9. Konkretisierendes Lesen

Das abgenutzte Vokabular der Nachrichten, das die einzelne Information unter Umständen verdeckt, verringert die Aussagekraft der Meldung. Diese wird szenisch dargestellt, um zu zeigen, was (möglicherweise) wirklich berichtet wird.

10. Pointiertes Lesen

Eine Meldung wird durch eine andere denkbare (aber nicht abgedruckte) Meldung kommentiert. Beispiel: Bericht von den Feierlichkeiten des Bundesheeres zum Nationalfeiertag. Bericht von den Miss-handlungen in österreichischen Kasernen.

11. Kontext-Lesen

In manchen hochstilisierten Berichterstattungen werden nur die Einzelheiten vermarktet, jedoch wird über die wahren Sachverhalte und Hintergründe nicht berichtet. Durch eine szenarische Darstellung nach dem Vorlesen der Meldung wird dies nachgeholt. Beispiel: Ein Moldawier wird wegen Einbruchs verhaftet. Die ergänzende Szene handelt von den Lebensbedingungen in seinem Land, der Arbeitslosigkeit des Mannes und seiner Familie.

Schreiben zu Cartoons

(siehe Cartoons im Anhang)

Anleitung

Den TeilnehmerInnen werden zwanzig Kopien unterschiedlicher Cartoons ausgeteilt. Alle schauen die Cartoons genau an. (Es können auch Fotos oder Bilder in Ausstellungen zum Anlass kreativen Schreibens genommen werden) Jede/r sucht sich einen Cartoon aus, der sie/ihn besonders anspricht. Nun soll drei bis fünf Minuten lang aufgeschrieben werden, was zu sehen und zu erkennen ist. Dann wird ca. sechs Minuten lang wahlweise mit Hilfe der Methode des *Clusters* oder *Schnellschreibens* zu den schriftlichen Beschreibungen assoziiert. Aus diesem Material wird wiederum wahlweise ein *Elf-Worte-Gedicht*, eine *Pyramide* oder ein *kurzer Prosatext* geschrieben und zweimal stehend vorgetragen. Abschließend werden die anderen TeilnehmerInnen befragt, welche Empfindungen, Ideen oder Assoziationen entstanden sind.

Clustern (cluster engl. = Traube, Büschel)

Auf Basis der unterschiedlichen Funktionen der beiden Gehirnhälften entwickelte Gabriele Lusser Rico 1984 die Methode des Clustering, um einen kreativen Start des Schreibens durch gelenkte Assoziation zu ermöglichen.

Die TeilnehmerInnen wählen ein Startwort, schreiben es mitten auf ein quergelegtes Blatt und kreisen es ein. Nun lassen sie entspannt die Einfälle kommen und verbinden für 6-7 Minuten in Form von Assoziationsketten jeden Einfall mit dem eingekreisten Kernwort. Schließlich werden Verbindungslinien zwischen den Einfällen gezogen. Eine Schreibidee stellt sich ein.

Schnellschreiben (Freewriting)

Grundtechnik des kreativen Schreibens, in 6-7 Minuten wird zum vorgegebenen Thema ganz schnell, ohne anzuhalten und ohne auf Grammatik und Zeichensetzung zu achten, mit einzelnen Wörtern, Halbsätzen und Sätzen aufgeschrieben, was in den Sinn kommt.

Elf-Worte Gedicht

Auch „Elfchen“ genannte kurze Textform. Erste Zeile: ein Wort / zweite Zeile: zwei Wörter / dritte Zeile: drei Wörter / vierte Zeile: vier Wörter / fünfte Zeile: ein Wort.

Pyramide

Kurztext, der nach dem *Clustern* oder *Schnellschreiben* geschrieben wird. Erstes Zeile: 1 Wort / zweite Zeile: 2 Wörter / bis 6. Zeile: 6 Wörter od. 10. Zeile: 10 Wörter

Kurzer Prosatext

Nach einer Vorbereitung mit *Clustern* oder *Schnellschreiben* zu einem Thema (Startwort) wird für 10–15 Minuten ein kurzer Text von einer Drittelseite geschrieben, dessen erster und letzter Satz identisch sind.

(siehe: Erhard Meuler, Lob des Scheiterns, Methoden- und Geschichtenbuch zur Erwachsenenbildung an der Universität, Baltmannsweiler, 2002, S. 204ff.)

Sechs-Sätze-Referat

Anleitung

Für den/die jeweils linke/n Nachbarn/in sind drei Themen auszudenken, die ernsten, aber auch skurrilen Charakter haben können. Nun wird mit dem ausgewählten Thema in 20 Minuten – von denen 5-6 Minuten dem *Clustern* oder *Schnellschreiben* dienen – das Sechs-Sätze-Referat geschrieben. Dabei wird nicht gesprochen. Danach wird das Referat vorgelesen. Die BeobachterInnen äußern sich lobend und kritisch über den Augenkontakt zum Publikum, die Stimmführung und die Art der Performance. Kein Satz des Sechs-Sätze-Referates soll länger als 15-20 Wörter sein, daher zwingt diese Methode zu sachlich präzisen und verdichteten Formulierungen.

1. Satz: Hinführung	Aktualität und Relevanz des Themas verdeutlichen	Einleitung
2. Satz: Fragestellung	als echte, an den 1. Satz anschließende, erkenntnisleitende Frage formuliert	Einleitung
3. Satz: erste Antwort	Referieren einer Position	Hauptteil
4. Satz: zweite Antwort	Referieren der dazu kontroversen Position	Hauptteil
5. Satz: Schlussfolgerung	Synthese, Zusammenschau, Vergleich der dargestellten Positionen, begründete Bewertung; Offenlegung der eigenen Kriterien	Hauptteil
6. Satz: Offene bzw. weiterführende Fragen	Ausblick auf weiteres Handeln und Überlegungen	Schluss

Zeit: 60 Minuten (je nach Größe der Gruppe)

Ziel: Diese Technik nach einer Idee Erhard Meuelers hilft bei der Strukturierung eines Argumentationsganges, etwa als Vorbereitung eines Statements, eines Vortrags oder eines Diskussionsbeitrages. Das Sechs-Sätze-Referat macht Meinungsbildung in kurzer Zeit nachvollziehbar.

Aufgaben und Selbstverständnis von ErwachsenenbildnerInnen verdeutlichen

Skulpturen stellen

Anleitung

Zunächst wird ein/e BeobachterIn festgelegt, welche/r als „BildhauerIn“ fungiert. Diese/r hat die Aufgabe, die einzelnen Systemmitglieder (z.B. die Mitglieder einer Bildungseinrichtung, eines Workshops) im Raum so anzuordnen, wie es seinem/ihrer inneren Bild entspricht. Nun werden alle aufgefordert, ihre Körperhaltung, Mimik und Gestik nach seinem/ihrer Wunsch zu verändern. Der/die LeiterIn hat die Aufgabe, den/die „BildhauerIn“ zu unterstützen, indem er/sie Fragen stellt, die sich auf die Beziehungsmerkmale beziehen, und zu ermutigen, verschiedene Grundelemente auszuprobieren und zu verändern, bis er/sie mit seinem „Bild“ zufrieden ist.

Nachdem der/die BeobachterIn seine/ihre Skulptur beendet hat, verharren die einzelnen Mitglieder in ihren Positionen und nehmen die Gefühle wahr, die sie in dieser Position empfinden. Anschließend wird über diese Gefühle geredet, dürfen Änderungswünsche geäußert und Vergleiche zur eigenen Sichtweise angestellt werden. Der Gestaltungsvorgang einer Skulptur unterliegt keinen starren Regeln, ist flexibel und kann nach Bedarf variiert werden.

Folgende Überlegungen sind bei der Interpretation des Skulpturenstellens nützlich:

Räumlicher Abstand verbildlicht emotionale Nähe oder Entfernung. Je weiter Mitglieder eines Systems emotional von einander entfernt sind, desto größer ist der räumliche Abstand zwischen ihnen innerhalb der Skulptur. Um die emotionale Distanz zwischen Personen noch zu verstärken bzw. um Gefühle wie Misstrauen oder Abneigung auszudrücken, kann der/die BildhauerIn etwa dazu auffordern, sich gegenseitig den Rücken zuzuwenden.

Untere und obere Positionierungen der Systemmitglieder dienen dazu, hierarchische Strukturen darzustellen. So können Dominanz bzw. Untergebenheit in der Skulptur dadurch bildhaft gemacht werden, indem eine Person zu einer anderen aus einer räumlich niedrigeren Position hinaufschaut, während letztere ihren Blick aus der räumlich höheren Position hinunter, auf die andere Person richtet. Eine weitere Möglichkeit ist auch, eine Person z.B. auf einem Stuhl zu platzieren und eine weitere dazu aufzufordern, sich davor auf den Boden zu setzen.

Mimik und Gestik bieten die Möglichkeit, differenzierte Strukturen innerhalb eines Systems bildhaft darzustellen. Hierbei gibt es unzählige Möglichkeiten, wie z.B. Berührungen von Personen (Wer fasst wen an), Blickrichtungen (Wer schaut sich in die Augen? Wer hat keinen Blickkontakt?...), Körperhaltungen (Wer steht gerade und aufrecht, wer steht gebeugt? Wer zeigt mit dem Finger auf wen? Wer steht mit offenen Händen da?).

Systemische Leitung und Qualifikation

Der/die LeiterIn einer Skulptur muss qualifiziert sein und muss kritisch genug sein zu erkennen, dass er/sie nicht voreilig zu viel in eine Skulptur hinein interpretieren darf, wenn diese nicht eindeutig genug die wirklichen Gefühle der Betroffenen darstellt.

Durch häufige Rückversicherungen und entsprechende Interventionen kann das Risiko überstürzter oder fehlerhafter Lösungen vermieden

werden. Ebenso muss der/die LeiterIn die Bereitschaft mitbringen, eine problematische Skulptur auszuhalten, z.B. eine Skulptur, die in ihm selbst aufwühlende Empfindungen auslöst. Um Widerstände zu vermeiden, sollte er/sie auf Wertungen gänzlich verzichten und stattdessen eher neutrale Fragen stellen, wie etwa: „Wie fühlen Sie sich dabei?“, „Wie geht es Ihnen?“ Die Arbeit mit Skulpturen und die damit verbundene Aufgabe, die Systemmitglieder zu ungewöhnlichen Handlungen zu bewegen, erfordert viel Mut auf Seiten des/der LeiterIn. Er/sie sollte sich als Mittelsperson verstehen, weshalb darauf zu achten ist, vorrangig non-direktiv zu arbeiten. In diesem Zusammenhang ist eine ausgeprägte Beobachtungsgabe unerlässlich.

Ziel: Das Erarbeiten einer Skulptur bedeutet, dass ein/e BeobachterIn das innere Bild eines Systems (z.B. Team, Aufgabengebiet, Selbstverständnis der TeilnehmerInnen eines Workshops) visualisiert, indem er/sie die beteiligten Personen oder auch StellvertreterInnen der Personen in seiner/ihrer gedachten Beziehung zueinander im Raum aufstellt. Die Methode des Skulpturen Stellens bewegt sich in einem Grenzgebiet zwischen Therapie und Pädagogik. Skulpturen stellen Beziehungen und Einstellungen innerhalb eines Systems in Haltung und Position bildhaft dar. Nicht das isolierte Individuum, sondern das Individuum im Netzwerk seiner Möglichkeiten steht vor Augen.

Zeit: Mindestens 1 Stunde

Quelle: http://www.uni-koeln.de/ew-fak/konstrukt/didaktik/skulpturen/skulpturen_darstellung.html

Vortrag

Politische Erwachsenenbildung und der allgegenwärtige Zeitgeist

Klaus-Peter Hufer

Der Zeitgeist und die Ranglistengesellschaft ...

Ein bisschen Bildung soll sein – der Zentralbegriff im Referatstitel bietet da eine Steilvorlage. Was also versteht man unter „Zeitgeist“? Nach Hegel ist das „der Geist der Zeit, (der) seine Wirklichkeit und ihr Schicksal nach seinem Prinzip ausprägt“ (Hegel, zit. nach Konersmann 2002). Es gibt demnach also ein allgemeines Denkmuster, eine vorherrschende Gesinnung, eine durchgängige Mentalität, eine in der Mehrzahl der Köpfe sitzende Ideologie. Aber Vorsicht: ich hänge nicht der Vorstellung an, als ob da ein schicksalhafter Geist ohne menschliches Zutun schalte und walte. Es sind immer noch die Menschen, die ihre Geschicke selber machen.

Aber dennoch: Ein Gespenst geht wieder einmal um: Diesmal lebt es von Designerdrogen, nämlich Qualität, Effizienz, Planung, Standards, Controlling, Rankings, Evaluation, Markt, Dienstleistung, Innovation, Reform, Modernisierung. Aus ihm blubbern Worte wie Synergie, Kompetenz, Selbstlernkompetenz, Formate, Module, Weiterbildungsmanagement, Organisationsentwicklung, Zeitfenster, Meetings, Events, Performanz, Nachfrageorientierung, Globalisierung, Standortsicherung, Lernende Regionen. Das Wirken dieses Geisterwesens ist alltäglich zu vernehmen: Ärzte, Unis, die beliebtesten Politiker und Politikerinnen, der Wohnwert der Städte... allesamt werden sie, werden wir bemessen von sozialwissenschaftlichen oder sich sozialwissenschaftlich gerierenden InterviewerInnen und MeinungsforscherInnen. Aber auch Herr Müller und Frau Meier sind Experten, übers Fernsehen küren sie die „besten“ und „größ-

ten“ Deutschen, entscheiden sich dabei u.a. zwischen Kübelböck (Platz 16) und Kant (Platz 43), suchen Deutschlands schlaueste Lehrer, beliebteste Pfarrer, beste Bücher, Lieblingswörter, klügste Bürgermeister, Deutschlands größte Nervensägen – alles wird taxiert, vermessen, bepunktet und skaliert. Beraterfirmen und Zertifikationsverleihinstitute schießen wie Pflanze aus dem Boden. Kaum eine soziale Gruppe, eine Institution oder Organisation bleibt davon verschont, gecoacht, supervidiert, controlled, begutachtet, inventarisiert und einer Qualitätskontrolle unterzogen zu werden. Was ist los? Kann mit Rankings und Evaluationen wirklich das herausgefunden werden, was tatsächlich auch gut ist? Wer kontrolliert eigentlich die Kontrolleure?

Was politische Bildung leisten sollte ...

Ins Visier ist auch die politische Bildung geraten. Es ist auffallend, wie sich etliche ihrer ProtagonistInnen seit einiger Zeit darum bemühen, im Mainstream dieser Rundherum-Musterung mitzuschwimmen. Wie, das soll im folgenden skizziert werden.

Zunächst aber einmal eine Vergewisserung, was politische Bildung ist und soll. Nach meinem Verständnis will politische Bildung werben für Demokratie und ein selbstbewusstes Handeln in ihr. Politische Bildung ergreift Position für die Verwirklichung des Verfassungsanspruchs, für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Politische Bildung wurzelt in der Aufklärung und hat diese Tradition nicht aufzugeben, denn dieses Projekt ist noch lange nicht vollendet. Politische Bildung „missioniert“ daher nicht, wie ihr viele Modernisierer unterstellen, sondern sie will Menschen unterstützen und befähigen, den Mut aufzubringen, sich – frei nach Kant – ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Bildung und Autonomie sind eng miteinander verwandt. Wer im Bildungsbereich arbeitet, sollte authentisch und klar auftreten, meinungslose Nur-ModeratorInnen verfehlen das Interesse des Publikums und den Anspruch des Faches ebenso wie die politisch-bildnerische Wirkung. Es kommt vielmehr darauf an, unmissverständlich zu entscheiden und glaubwürdig Position zu beziehen.

Politische Erwachsenenbildung ist vor diesem Hintergrund „die

Kunst der Begleitung politischer Subjektentwicklung“ (Meueler 2004., S. 182) – ohne Überheblichkeit, aber mit pädagogischem Einfallsreichtum, ohne rigide Zielvorgabe, aber mit professioneller Kenntnis der zur Verfügung stehenden Fakten und Wissensbestände, der Lernvorgänge und der situationsangemessenen Methoden. Ich wüsste nicht, inwieweit einem solchen Verständnis von politischer Bildung inhaltlich plausibel widersprochen werden könnte.

Ein neues Paradigma?

Seit einigen Jahren wird aber in zahlreichen Köpfen ein Veränderungsprozess ausgebrütet. Er betrifft die politische Bildung, ihr Erscheinungsbild und ihre Zielrichtung. Mittlerweile ist die Rede von einem „Paradigmenwechsel“ – auch so ein Plastikbegriff des Zeitgeistes –, den politische Bildung vollziehen müsse (Rudolf 2003, S. 39). Zur Erinnerung: Der Wissenschaftssoziologe Thomas S. Kuhn hatte unter diesem Begriff die zeitliche Abfolge unterschiedlicher theoretischer Ansätze und Grundpositionen untersucht. Heute jedoch ist das Wort verkommen, die analytische Trennschärfe dahin. Denn jede theoretische oder ideologische Neuüberlegung wird selbstbewusst und oft auch selbst überschätzend gleich zu einem neuen Paradigma hoch stilisiert. Bemerkenswert ist dabei auch der gravierende Bewusstseinswandel, der in der politischen Bildung um sich greift.

Den Auftakt machte wohl der Gießener Politikdidaktiker Wolfgang Sander mit einer kleinen Schrift, in der er im Untertitel „von der Nützlichkeit politischer Bildung“ schrieb (Sander 1996). Als Ausgangsthese konstatierte er einen „betriebswirtschaftlichen Paradigmenwechsel“. In den Firmen und Unternehmen gehe nämlich die Entwicklung „vom Taylorismus zum Betrieb als Lebenswelt“ (Sander 1996, S. 7). Bei diesem „Zerbröseln alter Fronten aus den Konfliktlinien der industriellen Klassengesellschaft“ (Sander 1996, S. 7) sieht Sander neue Felder und Allianzen für die politische Bildung. Als Konsequenz schlug er vor, dass sich politische Bildung „auch als Teil *beruflicher Qualifikation* verstehen“ könne (Sander 1996, S. 31). Politische Bildung „kann Menschen befähigen, ihr berufliches Han-

deln in einem gesellschaftlich-politischen Reflektionszusammenhang einzubinden und gerade dadurch effektiver gestalten“ (Sander 1996, S. 19).

Einige Jahre später sorgt Sanders Schüler und Doktorand Karsten Rudolf für regen Diskussionsstoff (Rudolf 2002 und 2003). Rudolf propagiert den Aufbruch zu einer „neuen Epoche“ (Rudolf 2003, S. 40) politischer Bildung, was bedeuten sollte, dass diese – man hört die Sprache des Meisters – „ihren Nutzen und ihre Notwendigkeit stärker legitimieren“ (Rudolf 2003, S. 51) und weniger vom Angebot her als „vielmehr konsequent nachfrageorientiert“ (Rudolf 2003, S. 191) gedacht werden müsse. In der „Kundenorientierung“ – die nächste Vokabel aus dem Repertoire des Zeitgeistes – würden „wesentliche Impulse“ geliefert (Rudolf 2003, S. 187).

Normative Ideen, demokratietheoretisch begründete Zielüberlegungen, Aufklärungspostulate, humanitär begründete Reflexionen spielen in diesem Denken keine Rolle mehr. Ekkehard Nuißl, Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, ist von Rudolfs Ideen so angetan, dass er mit ihm einen „Perspektivwechsel“ (Nuißl 2004, S. 8) fordert. So bleibt er dann auch konsequent, wenn er unumwunden ausdrückt, was von einer „modernen“ politischen Bildung zu erwarten ist: „Moral führt uns ... derzeit ganz sicherlich in die Sackgasse“ (Nuißl 2003a, S. 332). In diesem Zusammenhang fordert auch er einen „Paradigmenwechsel“ (Nuißl 2003a, S. 332) politischer Bildung. Eine Anmerkung meinerseits: Wie ein politisch-bildnerisches Engagement für z.B. die Menschenrechte ohne Moral auskommen soll, wird verschwiegen.

Zwischendurch meldete sich der in der politischen Bildung nicht sonderlich ausgewiesene, aber in der Szene einflussreiche Kaiserslauterner Erwachsenenbildner Rudolf Arnold zu Wort, indem er kategorisch behauptete, „die Theorie politischer Bildung stagniert“ (Arnold 2003, S. 327), einen „Paradigmenwechsel politischer Bildung“ konstatiert (Arnold 2003, 327) und bei anders denkenden Kollegen „schwaches wissenschaftliches Denken“ diagnostiziert (Arnold 2003, 329, fast wortgleich Arnold/Nuißl von Rein 2003, 29).

Zwar ist sicherlich die Erwachsenenbildung das Feld im gesamten Bereich der politischen Bildung, das sich am weitesten und deutlichsten „modernisiert“, aber auch in der auf die allgemein bildenden Schulen

hinzielenden Politikdidaktik sind entsprechende Veränderungsprozesse festzustellen. Erinnerung sei noch einmal daran, dass es vor Jahrzehnten einmal eine kritisch-emanzipatorische Politikdidaktik gab, die mit den Namen Hilligen, Schmiederer, Giesecke, Claußen oder Mollenhauer verbunden war. Von ihnen und ihren Positionen ist in der Diskussion der Gegenwart nichts mehr zu vernehmen. So hat jüngst im Auftrag der GPJE (Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung) eine namhafte Professorengruppe einen Entwurf mit dem Titel „Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen“ vorgelegt (Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung 2004). Damit wollte die Zunft fachfremden Vorgaben von Bildungsstandards – man hört den Zeitgeist räuspern – zuvorkommen. Denn Bildungsstandards werden u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und der Konferenz der Kultusminister der Länder gefordert. Diese Offensivstrategie der FachdidaktikerInnen fällt allerdings inhaltlich sehr defensiv aus. Von ehemals emanzipatorischen, kritischen Konzeptionen und Vorstellungen einer politischen Bildung ist nichts mehr geblieben. Statt dessen wird betont, dass politische Bildung bei jungen Menschen die Fähigkeit fördere, „sich in der modernen Wirtschaft angemessen (!) zu orientieren, auf einer demokratischen Grundlage politische Fragen und Probleme kompetent (!) zu beurteilen und sich in öffentlichen Angelegenheiten zu engagieren“ (Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung 2004, S. 9). Von Demokratisierung, Aufklärung, dem Durchschauen von Ideologien, vom Widerstand bei nicht legitimer Macht und Herrschaft, von Einkommensdisparitäten, von Gerechtigkeit, Solidarität, Empathie oder politischem Engagement ist in diesem Text nichts oder allenfalls bei großzügigster Interpretationsbereitschaft und dann nur in Spurenelementen etwas zu lesen. Die Zauberworte heißen dagegen „angemessen“ und „kompetent“.

Zu alledem passen die von den zuständigen Ministerien (BMBF und BMFSF) in Auftrag gegebenen Evaluationen der politischen Erwachsenenbildung und der politischen Jugendbildung. Diese Untersuchungen sind von der Bildungspolitik auf den Weg gebracht worden mit dem Ziel, die außerschulische politische Jugendbildung und die politische Erwach-

senenbildung zu evaluieren. Auch hier geht es letzten Ende darum, einen – wie auch immer definierten – Nutzen der politischen Bildung festzustellen. Doch was passiert, wenn er nicht „vorhanden“, da nicht zu messen ist? Ist es nicht „vermessen“, politische Bildung überhaupt messen zu wollen (Ahlheim 2003)? Wie ist Autonomie – das vorrangige Ziel politischer Bildung standardisier- und evaluierbar?

Bei so viel unternehmerischem Denken in der politischen Bildung ist es folgerichtig, dass ihr eigentlich fremde Begriffe zur gängigen Münze geworden sind: Effektivität, Evaluation, Kostenrechnung, Kompetenzvermittlung, Qualitätskontrolle, Standards... – das ganze Arsenal des Zeitgeistes.

Zu dieser gesamten Entwicklung gehört sicherlich und folgerichtig auch, dass die Bundesszentrale für politische Bildung im Mai dieses Jahres in Berlin eine Tagung durchführte mit dem Titel „Zukunftsverantwortung – Wirtschaft und politische Bildung im Dialog“. Welche Tendenz sich damit ankündigt, zeigt ein Satz, den eine Unternehmerin sinngemäß und unwidersprochen auf dem einführenden Podium äußert: „In den Betrieben gab es immer politische Bildung – nur, sie wurde von den Falschen durchgeführt, den Gewerkschaften. Wir sollten sie nun selber machen.“

Mit der Modernisierung der politischen Bildung einher geht auch eine Eventisierung des Faches (Wehner 2004). Alles muss spektakulär, ein Ereignis sein, Normalität ist abgegriffen, Bildung darf nicht anstrengend sein, sondern muss immer easy und cool daherkommen. Wie sagte aber doch der Zeitgeisterfinder Hegel: „Die Bildung ... ist im Subjekt die harte Arbeit gegen die bloße Subjektivität des Benehmens, gegen die Unmittelbarkeit der Begierde sowie gegen subjektive Eitelkeit der Empfindung und die Willkür des Beliebens.“ (Hegel's Ansichten ... 1853, S. 17) Das sehen die Anhänger der Events in der politischen Bildung bestimmt anders. Ein Beispiel: Die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung hält sich auf ihre Events einiges zugute. Mit Genugtuung berichtet ein Mitarbeiter davon, dass z.B. im Jahr 2000 eine „Election night“ durchgeführt wurde. So wurde eine Wahlparty zu den US-Präsidentenwahlen genannt. Am „Super Tuesday“ – so nennt der Mitarbeiter das Ereignis – kamen „über 500 Interessierte und Partywillige“ und verfolgten die Wahl. Und noch einmal so viel Personen mussten we-

gen drohender Überfüllung des Saals abgewiesen werden. „Für uns politische Bildner war dies eher eine unbekannt Situation“ (Wehner 2002, S. 29), merkte der Berichterstatter an. Verschwiegen hat er aber auch eine andere Mitteilung nicht: „McDonalds und Mediamarkt unterstützten die Vorortaktion ... großzügig und promoteten mit ihren Werbe-Etats die Veranstaltung.“ Diese „endete schließlich um 7.00 morgens mit einem Frühstück bei McDonalds“. (ebd.).

Hier stellt sich jedoch eine nicht unwesentliche Frage: Was wäre passiert, wenn eine Einrichtung der politischen Bildung bei McDonalds und dem Mediamarkt angeklopft und die Bitte vorgetragen hätte, eine Veranstaltung beispielsweise mit dem Thema zu sponsern „Die USA und ihr Griff nach der uneingeschränkten Weltherrschaft?“ Oder Noam Chomsky wäre eingeladen worden und er wollte die Thesen seiner Bücher vortragen „Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung“ bzw. „War against people. Menschenrechte und Schurkenstaaten“? Hätte es dann noch ein Frühstück bei McDonalds gegeben? Sponsoring – ich blättere weiter im Wörterbuch unseres Zeitgeistes – hat einen Preis: Wer zahlt, bestellt auch die Musik.

Kein neues Paradigma!

Die Ursachen für diesen Wandel der politischen Bildung sind vielfältig, wobei dahin gestellt sein mag, ob die zur Begründung herangezogenen Argumente real oder nur virtuell sind. Aber hinter ihnen steht ein handfest wirkendes Politik- und Gesellschaftsverständnis. Dabei stehen noch letztlich überzeugende Antworten auf einige grundlegenden Fragen aus: Leben wir tatsächlich in einer individualisierten, multioptionalen Gesellschaft? Oder scheidet sie sich immer noch und auch in erster Linie durch vertikal bedingte Gegensätze, oben und unten, arm und reich? Sind vor allem funktionale „soft skills“ gefragt, Schlüsselqualifikationen? Oder zählen nicht doch weiterhin traditionelle Werte wie z.B. Gerechtigkeit? Wer definiert dies alles? Wer vermittelt die Botschaften? Welche Medien stehen wem – und wem nicht – zur Verfügung? Welches Menschenbild wird mit einem plötzlich aufgekommenen neuen Bildungsbegriff inszeniert? Das

Humboldt'sche Bildungsideal ging von dem umfassend gebildeten Menschen aus. Heute ist ein ganz anderer Begriff von „Bildung“ im Entstehen: „Die allseitige Verfügbarkeit, die ihren gruseligen Ausdruck in der sogenannten ‚Ich-AG‘ gefunden hat. Der leistungsbewusste Mitläufer ist im Grunde genommen das Endprodukt dieses auf betriebswirtschaftliche Verwertbarkeit orientierten Denkens.“ (Negt 2004, S. 18)

Heraus kommt ein Menschenbild, nach dem nur zählt, wer zahlt. Es entsteht ein Gesellschaftsverständnis, nach dem nur das einen Wert hat, was Mehrwert schafft. Und die politische Bildung ist sowohl Seismograph als auch Triebkraft dieser Entwicklung.

Im Einklang mit der eifertig betriebenen „Modernisierung“ der politischen Bildung wird Skepsis und Kritik an der zunehmenden Marktorientierung der politischen Bildung von Nussli als „Wehklage“ abgetan (Nussli 2003b, S. 136). Das muss nicht sonderlich irritieren, denn die Protagonisten des Neoliberalismus setzen ja bekanntermaßen mit der Überzeugung von fundamentaler Gewissheit auf die (Selbst-)Regulierungskraft des Marktes. Diese Marktmetaphysik hat fast schon religionseratzähnliche Züge angenommen. In seiner fundamentalistischen Ausschließlichkeit erinnert sie – mit umgekehrten Vorzeichen – an die frühere Staatseuphorie konservativer oder doktrinär-„sozialistischer“ Ideologien. Heute wie damals zeigt bzw. zeigte das Phänomen beinahe totale Züge: Das Marktdenken in der politischen Bildung/Erwachsenenbildung geht einher mit dem Individualisierungstheorem als Gesellschaftstheorie, dem Konstruktivismus als Erkenntnistheorie, dem Neoliberalismus als Parteien übergreifende Wirtschaftsdoktrin, dem Steuerungsverlust oder –verzicht der Politik, der Vorstellung vom selbstgesteuerten Lernen in der Erwachsenenbildung und den Privatisierungs- und Deregulierungsvorhaben in der Bildungspolitik... Alles greift ineinander, ergänzt und fügt sich zu einem geschlossen wirkendem Weltbild.

Bei einer Befragung von Theoretikern der Erwachsenenbildung, die ihrem Selbstverständnis nach auch politische Bildner und Bildnerinnen sind, zeigte sich allerdings die große Mehrheit skeptisch bis kritisch. Sie sahen durch die Marktorientierung der Erwachsenenbildung die Existenz der außerschulischen politischen Bildung gefährdet (siehe im Einzelnen Hufer/Pohl/Scheurich 2004). Ähnlich wird es von den Autoren der vom

BMFSF veranlassten Evaluation der politischen Jugendbildung gesehen. So ist in ihrem Bericht folgendes zu lesen: „Politische Bildung ist darauf ausgerichtet, den Erwerb von Informationen und Kompetenzen mit der Bereitschaft und Fähigkeit zu verknüpfen, sich eine eigene Meinung zu bilden und Werturteile zu fällen. Dazu braucht politische Bildung Personen, die selbst eine Position vertreten und zugleich Spielräume für die Meinungsbildung des Gegenübers eröffnen können. Solche Spielräume können nur dort entstehen, wo es nicht nur um quantifizierbare Kompetenzen geht, die auf dem Markt angeboten und nachgefragt werden. ... Wird die Steuerung dem Markt überlassen, so spielen Wertmaßstäbe im Sinne von Tugenden, die für ein Gemeinwesen wichtig sind, keine Rolle mehr.“ (Schröder/Balzter/Schroedter 2004, S. 10)

Und auch ein warnender Aufruf des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten mit dem appellativen Titel „Politische Bildung als Dienstleistung für die Demokratie erhalten!“ stellt unmissverständlich klar: Politische Bildung „ist keine Ware auf dem freien Markt, sondern gehört zum Grundbestand des Rechts auf Bildung in einer Demokratie.“ (Politische Bildung absichern 2004, S. 149)

Aber nichtsdestotrotz wird dieser „Bildungsmarkt“ etabliert. Und mit ihm einher geht eine Zurücknahme der öffentlichen Förderung und Finanzierung der Bildungsarbeit. Das ist auf Grund des neoliberalen „Paradigmas“ durchaus logisch, aber deswegen auch ideologisch. Da fällt einem tatsächlich – *horribile dictu!* – der alte, eigentlich junge Marx und seine Feststellung ein, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Auch das passt zur Frage, wo der angebliche Zeitgeist herkommt.

Der Eigensinn von Bildung ...

Bezeichnend ist, dass trotz allem technokratischen Getöse über die Wirkung politischer Bildung nur sehr wenig bekannt ist; differenzierte und dringend benötigte Untersuchungen stehen noch aus (Ahlheim 2003). Aber es gibt begründete Hinweise, und die weisen auf andere Ursachen und Zusammenhänge, als Modernisierungsabsichten sie nahe legen.

Denn damit politische Bildung ihre Wirkung zeigt, bedarf es au-

thentisch auftretender Lehrpersönlichkeiten. (Das Wort „Persönlichkeit“ kommt nicht vor im Vokabular des Zeitgeistes.) Beispielsweise konnte in einer groß angelegten Studie belegt werden, „dass der Einfluss des Lehrers bzw. der Lehrerin ... ein recht mächtiger Faktor zur Verhinderung von Fremdenfeindlichkeit (ist)“ (Dollase 2002, S. 25): „Wer als Lehrer von den Schülern als nett empfunden wird, wer einen interessanten Unterricht macht, wer vielen ermöglicht, am Unterricht teilzunehmen, wer die Disziplin ‚im Griff‘ hat, der hat offenbar Schulklassen, in denen weniger Fremdenfeindlichkeit vorherrscht.“ (Dollase 2002, S. 25) Also: „... das Entscheidende für qualitative Bildungsprozesse ist immer die Person und ihre Eigenheiten, die einen Inhalt vermitteln.“ (Dollase 2002, S. 27) Die daraus zu ziehende Folgerung steht im Widerspruch zu den Intentionen eines „Paradigmenwechsels“ in der politischen Bildung, denn: „Dieses Leitbild ist natürlich in Zeiten, in denen Lehrer nur noch ‚Moderatoren von selbstregulierten Lernprozessen‘ sein sollen oder ‚coole Unterrichtsmanager‘, völlig unmodern.“ (Dollase 2002, S. 27)

Eine empirisch gesicherte Aussage wie diese widerspricht dem Credo der „Zeitgeistsurfer“ (Pongratz 2003), die derzeit in der politischen Bildung sowie der Jugend- und Erwachsenenbildung auf den Wellen der Modernisierung reiten. Es bleibt abzuwarten, ob es nicht doch noch die durchsetzungsstarke Kraft der „Gegensteuerung“ (Tietgens 1999) gibt, die die politische Bildung davor bewahrt, vom Konglomerat des überall präsenten „Marktdienstleistungskompetenzevaluierungsstandardisierungs-kartells“ geschluckt zu werden. Dieser Widerstand wäre nötig, denn am Ende wäre „politische Bildung“ so unkenntlich geworden, dass sie weder politisch noch Bildung wäre.

Ich bleibe zuversichtlich, dass das gelingt. Denn es liegt ein Widerstandspotenzial, eine Subversivität in der Bildung. Monofunktional verlaufen die Lernprozesse keineswegs. Auch unter dem Diktat des lebenslangen Lernen(müssens) ist anzunehmen, dass die „Teilnehmerinnen und Teilnehmer ... entschlossen sind, gegen die Welt des akkumulierten Wissens ein Stück ihrer Subjektivität zurückzugewinnen“ (Axmacher 1990, S. 224f.). Wie das geschehen kann, zeigt eine Geschichte, die sich in einem meiner „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“ ereignet hatte. Es war in einem Bildungshaus in Brandenburg und erschienen

waren 16 Teilnehmer/innen. Bei der Vorstellungsrunde zeigte sich, dass es fast durchwegs Lehrer/innen und Sozialpädagogen/innen waren. Sie äußerten jeweils ihre professionellen Erwartungen: neue Lernmethoden, der kollegiale Austausch, Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit... Und dann kam die Reihe an einen jungen Mann. Er teilte folgendes mit: „Mein Name ist Dirk, ich bin kein Lehrer und kein Sozialarbeiter, sondern Heizungsmonteur.“ Das erfreute die gesamte pädagogische Kompetenz im Raum: ein richtiger Heizungsmonteur... Und Dirk fuhr fort: „Ich bin hierher gekommen, weil mein Chef mich zwangsverpflichtet hat. Denn er meint, ich könnte bei diesem ‚Argumentationstraining‘ lernen, wie ich den Kunden noch mehr, noch teurere Kacheln oder Öfen verkaufen kann.“ Dieses Motiv verblüffte alle anderen. Danach nahm das Seminar seinen Lauf, Dirk beteiligte sich besonders aktiv. Am Ende, in der Abschlussrunde, wurden die Eindrücke mitgeteilt. Die Lehrer/innen und die Sozialpädagogen/innen waren zufrieden, weil sie eine neue Lernmethode kennen gelernt hatten, weil der kollegiale Austausch gut war und weil sie sich nun wieder neu motiviert fühlten im Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit. Und dann kam Dirk: „Mir hat das Seminar sehr gut gefallen, insbesondere aber deswegen, weil mein Chef, der mich hier hergeschickt hat, damit ich lerne, wie ich für ihn noch mehr verkaufe, Mitglied der NPD ist. Wenn der wüsste, was er da bezahlt hat!“ So kann das sein mit der Subversivität der Bildung.

Und zum Schluss noch ein Klassiker-Zitat zum Zeitgeist: Goethe. Er lässt seinen Faust spotten: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“ (Goethe 2004, S. 23). Bildung, die Selbstaufklärung der Menschen und ihre freie Entfaltung zum Ziel hat, schlägt den „Herren“ und ihrem Zeitgeist ein Schnippchen.

Anschließende Diskussion

Frage: Wir haben jetzt viele Argumente gehört, dass politische Bildung in ihrer Auswirkung eigentlich kaum messbar ist. Sehen Sie eine sinnvolle Form von Evaluation in der politischen Bildung?

Klaus-Peter Hufer: Natürlich muss sich politische Bildung legitimieren. Sie wird öffentlich finanziert und sie kann nicht im versteckten Raum stattfinden. Ich finde das völlig in Ordnung, dass sie transparent ist und dass durchschaubar gemacht wird, was sie eigentlich wie tut. Das ist selbstverständlich für mich. Aber mit dieser Evaluation verbunden ist ja immer die Erwartung, man könnte Erfolgsgarantien herausfinden, und man könne am Ende einen Kosten-Nutzen-Faktor ermitteln. Das ist das Problem.

Wenn beispielsweise bei der Evaluation der politischen Jugendbildung davon ausgegangen wird, dass die JugendbildnerInnen im Schnitt 60 bis 80 Unterrichtstage pro Jahr machen. Das ist schon sehr viel. Und jetzt gibt es durch die Umstellung der Förderbestimmungen eine Tendenz, dass sie dieses Kontingent auf bis zu 160 Stunden im Jahr verdoppeln – und mit dem gleichen Etat durchführen müssen. Und da gehen die natürlich auf dem Zahnfleisch. Und diese unabhängige Evaluation hat herausgefunden, dass dadurch die Infrastruktur zusammenbrechen würde. Sie würden nur mehr das machen, was sie sowieso drauf hätten, es kämen keine kreativen Erneuerungen mehr ins Spiel. Sie würden sich in keiner Weise mehr auf Experimente einlassen; und es kam noch hinzu – auch das war ein Ergebnis der Evaluation –, wenn nur mehr alles unter einem Kostenrechnungs-Gesichtspunkt bemessen wird, führt es dazu, dass Veranstaltungen angeboten werden, die „nachfrageorientiert“ sind, und damit werden ganze TeilnehmerInnenkreise ausgegrenzt. Man würde zu dem absurden Ergebnis kommen, dass gerade diejenigen, an die sich politische Jugendbildung richten soll, die sozial etwas Schwächeren, überhaupt keine Chance hätten, daran teilzunehmen.

Das hat die Evaluation beispielsweise herausgebracht, im Grunde ist das eine subversive Dialektik, die herausgekommen ist.

Diese Form der Evaluation ist natürlich wünschenswert – was dann

bildungspolitisch damit gemacht wird, steht auf einem anderen Blatt. Aber ich will nicht falsch verstanden werden. Ich bin entschieden der Meinung, dass – so souverän und so gut ist politische Bildung –, sie sich sehen lassen kann und dass auch draufgeguckt wird, was sie macht und warum sie das macht.

Es gibt übrigens noch andere Evaluationsverfahren, kollegiale Evaluationsverfahren, bei denen man kollegial bespricht und diskutiert und analysiert. Aber dann gibt es auch immer wieder Fremdvorgaben, und bei uns in Deutschland ist ja die McKinseyitis ausgebrochen. Überall sausen junge Männer und Frauen herum, fahren mit dunklen BMWs vor und mischen ganze Unternehmen auf. Und ich finde das atemberaubend, welche Bonität denen von vornherein zugewiesen wird. Das sind im Grunde religionsersatzähnliche Rituale, da ist eine neue Priesterkaste im Entstehen und das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Aber das ist auch ein Teil des Zeitgeistes.

Frage: Ich glaube, dass im Bereich der politischen Bildung ein Fragebogen oder eine Kosten-Nutzen-Rechnung nicht verwendbar und sinnvoll ist. Wir vom Pädagogischen Institut der Stadt Wien evaluieren begleitend, über Phasen. Dann kann man sehr wohl Aussagen treffen und diese auch sinnvoll einsetzen. Dagegen am Ende eines Seminars einen Fragenbogen auszuteilen mit Ja/Nein-Alternativen – das ist keine Evaluation. Das Problem bei der begleitenden Evaluation ist, dass sie sehr teuer ist. Das ist auch der Grund, warum sie so selten eingesetzt wird. Nicht, dass nichts herauskommt, sondern der Einsatz der Mittel ist die Hürde.

Klaus-Peter Hufer: Es gibt eine Evaluation, die gar nicht sonderlich bekannt ist. Die ist in der Hans-Seidel-Stiftung, also einer CSU-nahen Stiftung, gemacht worden, von einem Herrn Sussmann. Dabei wurden fünf Seminare mit ungefähr 150 TeilnehmerInnen erfasst und nach 15 Jahren nochmals befragt. Tatsächlich wurde noch ein Drittel – wissenschaftlich ist das noch in Ordnung – der damaligen TeilnehmerInnen ausfindig gemacht, die dann auch Antworten gegeben haben. Da bekommt man interessante Evaluationsergebnisse heraus. Aber wer kann das heutzutage noch – bei der Vermarktung auch von Wissenschaft, die muss ja ruckzuck

auf den Markt gebracht werden und muss sofort für jede/n, für die Aufsichtsbehörde oder wen auch immer, vorzeigbare, quantifizierbare Ergebnisse bringen. Diese Form geht dann gar nicht mehr, scheitert.

Frage: Zielvereinbarung mit den TeilnehmerInnen ist dann auch problematisch?

Klaus-Peter Hufer: Zielvereinbarung ist ein Qualitätsmerkmal. Das finde ich, ist in Ordnung. Das gehört dazu. Das ist auch, wie Erhard Meueler sagt, wir machen einen Lehr-Lern-Vertrag, beispielsweise. Das ist eine Zielvereinbarung. Das gehört unter die Rubrik gute Lernveranstaltung und gutes Arrangement. Für mich ist das entscheidende Kriterium die Achtung vor der Autonomie der Menschen, die in eine Veranstaltung kommen. Da gehört dazu, dass man dann sagt, wer bin ich denn? Ich habe zufälligerweise in diesem Segment des Lebens etwas mehr gelesen – andere haben andere Kompetenzen, die meinen weit überlegen sind. Da muss man gemeinsam versuchen, eine Verabredung zu treffen, was man erreichen will.

Erhard Meueler: Die Grundfrage lautet ja, wer ist das Subjekt der Bildung. Sind das diejenigen, die einladen zu einer Veranstaltung, oder sind es die Leute, die dort hinkommen? Wenn ich das so verstehe, und das kombiniere mit der Grundregel aller Erwachsenen- und Jugendbildung: Achte die Würde des Anderen, und der zweiten: Mach' dir klar, der Andere hat ganz andere Vorstellungen vom Leben und der Welt als du – du musst sie kennen lernen, du musst in Kontakt treten – dann kann ich nicht mehr einfach den Plan, den ich habe, didaktisch exekutieren. Das heißt also, ich trete mit den anderen in Kontakt und habe meine Vorstellungen, was ich da einbringen will. Aber ich lerne die Wünsche der anderen kennen und das bringe ich zusammen in einen Lernvertrag. Aber solch ein Vertrag ist nicht ein Evaluationsmerkmal, das du nachher abprüfen kannst. Hier wäre eine Form von wissenschaftlicher Begleitung, also das, was der Kollege gesagt hat, sehr, sehr hilfreich.

Frage: Eine Frage, bezogen auf die Autonomie des Subjekts: War dieser Anspruch in früheren Epochen leichter einzulösen? Ich habe ja nicht den Eindruck, dass zuvor die Aufklärung geherrscht hat, aber könnte es sein, dass dieses neue Paradigma die Sache noch zusätzlich erschwert?

Klaus-Peter Hufer: Ich will ja jetzt nicht behaupten, dass es irgendeine Situation gab, die jetzt glorifiziert werden soll, sondern auf eine merkwürdige Widersprüchlichkeit aufmerksam machen: Es wird so viel wie noch nie von Individualität, von Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung, von Selbstbehauptung, Selbstkompetenz und von Selbstmanagement gesprochen wie derzeit. Das Wort *Selbst* macht auffallend häufig die Runde. Da muss was faul dran sein. Wenn das immer so propagiert wird, und wenn dieser Begriff Autonomie sich auflöst in Ich-AG – was sowieso ein schizophrener Begriff ist, wie kann eigentlich ein einzelnes Ich eine Aktionärsversammlung herbeiführen? Ich finde es auch interessant, wie verkommen eigentlich die Rezeptionsgewohnheiten sind. Der Begriff Ich-AG war ein ironischer Begriff auf den Individualisierungsbefund, der gebetsmühlenartig – bei Ulrich Beck angefangen – durchdekliniert wird. Dann haben irgendwelche Leute ironisch gesagt: Ich-AG. Der liebe Herr Hartz und der liebe Herr Schröder haben gar nicht begriffen, dass das Ironie war, sondern die haben daraus ein arbeitsmarktpolitisches Konzept gemacht, die Ich-AG. Das ist mittlerweile ein ernster Begriff geworden. Mit Autonomie hat er nichts zu tun. Wie Negt sagte, das ist ein leistungsbewusster Mitläufer. Er muss permanent fit sein. Er muss flexibel sein. Er muss eine Biografie organisieren. Ich fahre häufig, manchmal auch gerne Zug. Und die Bundesrepublik besteht eigentlich nur noch, habe ich so den Eindruck, freitags aus Menschen, die in ihren Businessanzügen daherkommen, in die Züge rein rennen, von Hamburg nach Stuttgart, von Dresden nach Münster, oder von Frankfurt nach Berlin fahren und zwischendurch ihre Liebsten per Handy anrufen, wann sie kommen oder dass sie im Zug sitzen. Das ist überhaupt die häufigste Mitteilung, die in diesem Land gemacht wird: Ich sitze gerade im Zug. – Das wird dann als Individualisierung, als Flexibilisierung beschrieben...

Literatur

- Ahlheim, Klaus: Mehr als Qualifikation. Profil und Chancen öffentlich verantworteter Weiterbildung, in: EB. Erwachsenenbildung 4/2001, S. 184 – 188
- Ahlheim, Klaus: Vermessene Bildung? Wirkungsforschung in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2003
- Arnold, Rolf: Mehr als Ökonomisierung. Eine Replik auf Klaus Ahlheim, in: EB. Erwachsenenbildung 2/2002, S. 79 – 81
- Arnold, Rolf: Politische Bildung ist Stärkung des Subjekts – Anmerkungen zum Paradigmenwechsel politischer Bildung, in: PÄD Forum: Unterrichten erziehen 6/2003, S. 327 – 330
- Arnold, Rolf/Nuissl von Rein, Ekkehard: Ein Briefwechsel. Zur Replik auf die Ahlheim-Arnold-Kontroverse von Klaus-Peter Hufer und Ulrich Klemm, in: EB. Erwachsenenbildung 1/2003, S. 29 – 31
- Axmacher, Dirk: Widerstand gegen Bildung. Zur Rekonstruktion einer verdrängten Welt des Wissens, Weinheim 1990
- Dollase, Rainer: LehrerInnen und politische Bildung. Können ModeratorInnen von selbstregulierten Lernprozessen politische Bildung vermitteln?, in: kursiv. Journal für politische Bildung 4/2002, S. 24 – 29
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE): Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen, Schwalbach/Ts. 2004
- Goethe, Johann Wolfgang: Faust. Erster und zweiter Teil, 7. Aufl., München 2004
- Hegels's Ansichten über Erziehung und Unterricht. In drei Theilen. Als Fermente für wissenschaftliche Pädagogik sowie zur Belehrung und Anregung für gebildete Eltern und Lehrer aller Art, aus Hegels sämtlichen Schriften gesammelt und systematisch geordnet von Dr. Gustav Thanlow, Professor an der Universität zu Kiel, Kiel 1853
- Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2004
- Konersmann, Ralf: Der große Verführer. Über den Zeitgeist, seine Liebhaber und seine Verächter, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.9.2003
- Meueler, Erhard: Die Kunst der Begleitung politischer Subjektentwicklung ist eine lebenslang nicht auszulernende Kunst, in: Klaus-Peter Hufer/Kerstin Pohl/Imke Scheurich (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2004, S. 178 – 193
- Negt, Oskar: „Private Lösungen sind nur Kostenverschiebungen“, in: Erziehung und Wissenschaft 5/2004, S. 18 – 19
- Nuissl, Ekkehard: Politische Bildung und Erwachsenenbildung, in: PÄD Forum: Unterrichten erziehen 6/2003a, S. 331 – 332
- Nuissl, Ekkehard, Buchrezension, in: Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung 2/2003, S. 135 – 136
- Nuissl, Ekkehard, Vorbemerkung zu: Rudolf, Karsten/Zeller-Rudolf, Melanie: Politische Bildung – gefragte Dienstleisterin für Bürger und Unternehmen, Bielfeld 2004
- Politische Bildung absichern, in: Praxis Politische Bildung 2/2004, S. 149 – 151
- Pongratz, Ludwig A.: Zeitgeistsurfer. Beiträge zur Kritik der Erwachsenenbildung, Weinheim, Basel, Berlin 2003
- Rudolf, Karsten: Bericht politische Bildung 2002. Was wollen die Bürger? Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland, Büdinger/H. 2002
- Rudolf, Karsten: Politische Bildung und Markt. Marktforschung für die außerschulische politische Bildung: Chancen, Grenzen und Strategien, Büdinger/H. 2003
- Sander, Wolfgang: Beruf und Politik. Von der Nützlichkeit politischer Bildung, Schwalbach/Ts. 1996
- Schröder, Achim/Balzer, Nadine/Schroedter: Evaluation der politischen Jugendbildung, in: Praxis Politische Bildung 1/2004, S. 8 – 22
- Tietgens, Hans: Gegensteuerung, in: Klaus-Peter Hufer (Hrsg.): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Bd. 2 des Lexikons der politischen Bildung, hrsg. von Georg Weißeno, Schwalbach 1999, S. 86
- Wehner, Michael: Lern-Events in der politischen Bildung, in: kursiv. Journal für politische Bildung 1/2002, S. 26 –32
- Wehner, Michael: Über Sinn und Unsinn von Lernevents in der politischen Bildung oder ‚Nichts ist überzeugender als das eigene Erleben‘, in: Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2004, S. 305 – 325

Podiumsdiskussion

Über die (Un-)Möglichkeit, Erwachsene politisch zu bilden
Perspektiven der politischen Erwachsenenbildung in
Österreich

Mit:

Gertraud Diendorfer

Geschäftsführende Leiterin des Demokratiezentrum Wien, Redakteurin der Schriftenreihe „Informationen zur Politischen Bildung“

Klaus-Peter Hufer

Fachbereichsleiter der Volkshochschule Viersen, Privatdozent an der Universität Essen

Robert Kramreither

Mitarbeiter der Abt. Erwachsenenbildung im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Vorstandsmitglied der Österr. Gesellschaft für Politische Bildung

Gabriele Lindner

Leiterin von Lehrgängen politischer Erwachsenenbildung an der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Univ.-Lektorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien

Kathrin Stainer-Hämmerle

Wissenschaftliche Koordinatorin des Universitätslehrganges Politische Bildung an der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF), Abteilung Politische Bildung und Politikforschung, Universität Klagenfurt

Manfred Wirtitsch

Leiter der Abteilung Politische Bildung im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Vorstandsmitglied der Österr. Gesellschaft für Politische Bildung

Moderation: Wolfgang Russ, Informationszentrum Politische Bildung

W.R.: Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie im Namen des Informationszentrums der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung bei der abschließenden Podiumsdiskussion herzlich begrüßen zu können. Der Titel „Über die Unmöglichkeit, Erwachsene politisch zu bilden. Zur Situation der politischen Erwachsenenbildung in Österreich“ deutet in seiner scheinbaren Widersprüchlichkeit schon an, dass es sich bei dem Versuch, politische Bildung mit Erwachsenen zu betreiben, um ein schwieriges Feld handelt.

Trotzdem wollen wir versuchen, eine Art Bestandsaufnahme zu machen. Was gibt es davon in Österreich überhaupt? Ich bin der Meinung, es gibt davon eigentlich mehr, als allgemein gesehen wird; es ist zum Teil ein Wahrnehmungsproblem. So kann man etwa in dem Band von Peter Filzmeier und Daniela Ingruber „Politische Bildung in Österreich“, erschienen 2001, lesen, dass „Politische Bildung [...] für das Selbstverständnis der Institutionen der allgemeinen Erwachsenenbildung Österreichs (Volkshochschulen, Volksbildungswerke, konfessionelle Bildungswerke, Bildungshäuser und Büchereien) ein bestimmendes Moment“ sei, sie „findet aber bei den AdressatInnen der Bildungsarbeit kaum entsprechende Resonanz“ (S. 12). Dies ist insofern eine verkürzte Sichtweise, als „politische Bildung“ nicht nur in den erwähnten Einrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung stattfindet, sondern in verstärktem Ausmaß bei all den Initiativen und Einrichtungen der Zivilgesellschaft, die hier nicht am Podium vertreten sind, seien es jetzt friedens-, umwelt- oder entwicklungspolitische Organisationen oder Vereine zur Unterstützung von Flüchtlingen oder Asylwerbern, andere Menschenrechtseinrichtungen, globalisierungskritische Initiativen etc. – also hier gibt es eine Fülle von Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Vorträgen zu durchaus politischen Inhalten, die ja zum weiteren Feld der politischen Bildung zu zählen sind. Und einige davon werden auch laufend von der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung finanziell unterstützt.

Natürlich ist es dann so, dass das, was politische Bildung genannt wird, sehr stark konkurriert mit einem sehr breiten medialen Angebot, das es heutzutage einfach wesentlich leichter macht als vielleicht vor zehn oder zwanzig Jahren, an relevante politische Informationen heranzukom-

men. Das muss man einbeziehen, wenn man etwas anbieten will im Bereich des Politischen. Zusätzlich muss man in Österreich auch noch die relativ gut dotierten Einrichtungen der politischen Parteien erwähnen, die ja für „staatsbürgerliche Bildung“, wie es im Gesetz noch heißt, zuständig sind. Angesichts all dieser Vorbehalte, die ich aufgezählt habe, will ich dann gleich an die Podiumsteilnehmer und -teilnehmerinnen weitergeben mit der Frage, was es denn eigentlich aktuell an politischer Bildung in Österreich gibt, also den Istzustand erheben. Dazu aber auch gleich die Frage stellen, was wäre denn wünschenswert, was man weiter machen könnte, was man tun sollte, und einen Punkt aufgreifen von Klaus-Peter Hufer, vom Referat heute früh, wie weit kann und soll sich „politische Bildung“ auf den Markt begeben? Der Titel eines Seminars von Erhard Meueler bei der Bundeszentrale für politische Bildung kann als Motto für diese Diskussion dienen: „Erwachsene sind unbelehrbar, aber lernfähig“.

Eine strukturelle Vorstellung des Podiums könnte so aussehen: Es sind zwei Vertreter des Ministeriums anwesend, Manfred Wirtitsch, Leiter der Abteilung Politische Bildung, und Robert Kramreiter von der Abteilung Erwachsenenbildung; beide zugleich Vorstandsmitglieder der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung. Es sind Vertreterinnen von Einrichtungen der Erwachsenenbildung im weiteren Sinn hier am Podium. Gabriele Lindner, Katholische Sozialakademie, Kathrin Stainer-Hämmerle, IFF Politische Bildung, jetzt an der Universität Klagenfurt angesiedelt, Gertraud Diendorfer, Demokratiezentrum Wien. Als Gast und mit dem Blick von außen, Klaus Peter Hufer.

Wir haben vorher die Reihenfolge vereinbart, ich darf den Leiter der Abteilung Politische Bildung im Ministerium bitten zu beginnen.

Manfred Wirtitsch: Ich bin Leiter der Abteilung Politische Bildung im Bildungsministerium, und damit zuständig für die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung an den Schulen. Womit ich mich in einem Feld befinde, wo man Erwachsenenbildung nicht ganz ausblenden kann. Denn in den Schulen unterrichten Erwachsene, sie bilden sich als Lehrkräfte fort. Die Schülerinnen und Schüler verlassen auch wieder die Schule, nicht nur weil die Schulzeit vorbei ist, sondern weil sie auch Schulabgängerinnen und -abgänger sind. Somit haben wir ein bisschen

mehr Verantwortung als nur für den unmittelbaren Schulbereich. Wenn gleich wir schon auch sehen, so ein breites und weites Feld die politische Bildung auch in der Schule ist, umso größer und breiter ist es in der Erwachsenenbildung. Wo wir als politische Bildner überhaupt gefordert sind, ist, vor allem bei den elektronischen Medien, die sehr rasch Informationen anbieten. Ich meine jetzt nicht Internet, sondern Radio und Fernsehen, wo der Trend dazu geht, die Botschaften zu verkürzen, zu versimplifizieren, undurchschaubar zu machen. Dann steht die politische Bildung vor der Herausforderung mit möglichst vielen verschiedenen Ansätzen und Methoden, die Zielgruppen zu befähigen, das, was sich hier an Politik abspielt, zu durchschauen, analysieren und kritisieren zu können, sich selbst eine eigene Meinung bilden zu können.

Grundsätzlich bin ich mit dem Schulbereich in einer vielleicht etwas besseren Lage, aus mehreren Gründen: Es gibt einmal dadurch, dass Politische Bildung – zumindest seit einiger Zeit – in allen Schulen ab der 9. Schulstufe ein Pflichtfach ist, die strukturelle Voraussetzung, dass es in den Lehrplänen und damit in den Schulbüchern steht. Das zweite ist, dass die Schulklassen keine Gruppen sind, die sich jeden Tag aufs Neue kennen lernen, sich jeden Tag aufs Neue zusammenstreiten müssen. Dann gibt es die Vorgabe, durch Lehrpläne und Schulbücher in einer bestimmten Zeit einen „wie auch immer großen“ Überblick über den Stoff zu bekommen. Und dann gibt es Beurteilungsmechanismen. Das ist etwas, was uns im Schulbereich grundsätzlich vom Erwachsenenbildungsbereich unterscheidet.

Ich selbst – um jetzt zur Erwachsenenbildung zu kommen – war bis gestern davon überzeugt, dass es unmöglich sei, Erwachsene politisch zu bilden. Weil ich einfach die Wirkungsmacht von Radio und Fernsehen, diesen mächtigen Medien, so eingeschätzt habe. Die gestrige Einheit mit Kollegen Meueler hat mich sehr zum Denken angeregt. Und ich möchte auch argumentieren, warum ich glaube, dass es schon möglich ist, Erwachsene politisch zu bilden. Erstens sehe ich quer durch Österreich eine umfassende Infrastruktur. Zweitens gibt es dadurch, dass viele Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung tätig sind, dadurch dass es Bildungshäuser und ihre Infrastruktur gibt, gar nicht so geringe personelle Ressourcen. Es gibt Unterstützung durch Einrichtungen wie das Informati-

onszentrum der Gesellschaft für Politische Bildung, es gibt Maßnahmen von uns, die Einrichtungen der Erwachsenenbildung einladen mitzumachen – z.B. die Aktionstage Politische Bildung. Es gibt gar nicht so wenige finanzielle Ressourcen, um die ich die Erwachsenenbildner beneide. Es gibt kompetente Erwachsenenbildnerinnen und -bildner und es gibt, wie ich gestern feststellen konnte, wirkungsvolle Methoden. Ich möchte jetzt damit schließen, weil ich sehe, dass ich das bewirkt habe, was ich bewirken wollte.

W.R.: Danke für die Provokation.

Gertraud Diendorfer: Ich möchte das Demokratiezentrum Wien vorstellen. Wir sind ein Newcomer im Bereich der Erwachsenenbildung, uns gibt es seit dem Jahr 2000. Wir haben begonnen als virtuelles Wissenszentrum, d.h. wir haben versucht, sehr stark die Möglichkeiten und Potenziale der Neuen Medien, des Internets, auszunutzen, und damit ist man per se in der Erwachsenenbildung. Ich beschäftige mich auch als Redakteurin der „Informationen zur Politischen Bildung“ damit, und das letzte Projekt, das wir gemeinsam mit der Abteilung Politische Bildung gemacht haben, ist ein „Lehrbuch der Politischen Bildung“ für Lehrerinnen und Lehrer, als Reaktion darauf, dass es jetzt ein Fach Politische Bildung an der AHS gibt. Da haben wir natürlich versuchen müssen, Politische Bildung thematisch und methodisch für den Unterrichtsbereich zu erfassen.

Ich möchte jetzt anknüpfen an den Titel der Podiumsdiskussion, „Über die Unmöglichkeit, Erwachsene politisch zu bilden“. Ich bin der Meinung, dass es nicht unmöglich ist, und möchte daher nur auf die Möglichkeiten eingehen, Erwachsene politisch zu bilden. Was man dabei bedenken muss, ist, welche Veränderungen es in unserer Gesellschaft gibt und welche Herausforderungen. Ich möchte bei Herrn Hufer anknüpfen, der das schon sehr informativ und plastisch skizziert hat, die gesellschaftlichen Veränderungen, die es gibt – und ich würde schon fast sagen – den Paradigmenwechsel, den es da gibt. Zum einen gibt es Veränderungen im Bereich der Politik, aber natürlich auch staatliche Änderungen im Bereich der Bildung. Die Politik brauche ich nur kurz mit den Schlagworten skizzieren, weil das im Referat vorhin schon sehr ausführlich dar-

gestellt worden ist, geändertes Politik- und Gesellschaftsverständnis, Globalisierung, Modernisierungsprozesse, von denen wir betroffen sind, Neoliberalismus mit den Auswirkungen auf die Politikbereiche, seien es Arbeitsmarkt oder Sozialpolitik oder Bildungspolitik. Einen wesentlichen Bereich, der auch für die Politische Bildung sehr viel vorgibt, sehe ich beim Integrationsprojekt Europa. Da denke ich, sind noch starke Herausforderungen gegeben, denen wir uns stellen sollen. Große Veränderungen gibt es natürlich auch in der Mediengesellschaft, die auch sehr wesentlich sind für die Politische Bildung. – Zu sehen, wie funktionieren diese, wer hat die Definitionsmacht, wer vermittelt Botschaften, welche Medien stehen wem zur Verfügung und werden wie genutzt. Im Bereich der Bildung ist natürlich ganz wesentlich das Konzept des lebenslangen Lernens, wo ich denke, das ist ein Konzept, das neue Lernformen, neue Lernmethoden bedingt und hervorruft. Ich würde sagen, wir befinden uns in einer Lerngesellschaft. Und politische Bildung und Erwachsenenbildung muss hier sehr stark ansetzen, bei den Bedürfnissen der Menschen, bei den Personen, bei den Persönlichkeiten – der Begriff ist vorher gefallen –, also sowohl die, die in der Erwachsenenbildung politisch bilden, müssen auf diese Veränderungen eingehen, es betrifft aber auch jeden Einzelnen. Das ist etwas, was man mit dem Wort „active citizenship“ bezeichnen kann. In gewisser Weise ist man auch dafür verantwortlich, sich um Informationen zu kümmern. Aber es gibt auch eine gesellschaftliche Verantwortung, dass man da angebotsorientiert darauf reagiert und einiges anbietet. Ich denke, man kann das nicht so einfach dem Markt überlassen, da bin ich eher auch bei Herrn Hufer, wo ich mir denke, ein aufklärerisches Konzept ist nach wie vor auch möglich.

Um konkret noch einmal darauf einzugehen, was es für die Erwachsenenbildung bedeuten könnte, welche Schwierigkeiten wir hier haben: die Zielgruppen, mit denen wir uns beschäftigen, sind natürlich ziemlich heterogen. Man muss sich schon auch fragen, wer braucht welche politische Bildung und in welchem Zusammenhang. Man muss auch die Methoden viel mehr diskutieren, je nach dem, welches Ziel man verfolgt. Ob es darum geht, neues Wissen zu erwerben, bestimmte Themen mehr zu verstehen, neue Kompetenzen zu erwerben oder ob es darum geht, handfeste Interessen zu befriedigen. Da knüpfen eben unterschiedliche

Lernmethoden an. Ein Punkt, wo ich sehr stark agiere, ist der Bereich der Neuen Medien. Ich denke, hier hat man doch einige Möglichkeiten im Bereich der Erwachsenenbildung, also das Internet steht nicht nur dafür, dass es leichtere Zugänge zum Wissen bietet. Hier geht es auch darum, die Informationsanbieter ressourcenmäßig zu stärken. Ein weiterer Punkt sind die Partizipations- und Artikulationsmöglichkeiten, die das Internet bietet – das sieht man vor allem im Bereich der Zivilgesellschaft, der NGOs, die ganz stark damit arbeiten, gewisse öffentliche Räume besetzen und politische Bildung betreiben. Ein weiterer Punkt ist, dass das Internet, dass die Neuen Medien, gerade im Zusammenhang mit Lernprozessen sehr viele Möglichkeiten bieten. Hier geht es darum, Konzepte einzusetzen, die eher auf Mischformen beruhen. Wir haben ja gestern gehört, wie wichtig es ist, dass man ein Gegenüber hat in einem Seminar, dass man Trainer hat, dass man Erwachsenenbilderinnen und -bildner hat, man kann durchaus auf Mischkonzepte setzen, wie z.B. beim Konzept des „blended learning“, wo man sagt, man braucht Präsenzphasen in Seminaren, aber man verwendet auch Online-Lernangebote, die man natürlich dazu in Kombination auch entwickeln sollte. Ich möchte aber jetzt nicht zu sehr ins Detail gehen, ich denke, wir haben ja noch mehrere Runden, wo man darauf eingehen kann. Abschließend: Es gibt viele Veränderungen, aber man kann sie auch als Chance begreifen; man sollte das nicht immer so negativ sehen bei der politischen Bildung.

Gabriele Lindner: Als Anknüpfungspunkt möchte ich den Titel der Podiumsdiskussion – Über die Unmöglichkeit oder Möglichkeit Erwachsene politisch zu bilden – differenziert sehen: Als eine, die einem aufklärerischen Bildungsbegriff anhängt, habe ich Zweifel bzw. sehe es als unmöglich an, Erwachsene politisch zu bilden in dem Sinn, dass ich als Fremdperson andere bilde. Es geht darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, Bedingungen zu schaffen, wo es möglich ist, dass Menschen sich politisch bilden, dass politische Bildungsprozesse möglich werden. In der Katholischen Sozialakademie, in der ich tätig bin, geht es uns ganz zentral darum, solche Räume zu schaffen. Wir sehen, es ist möglich, Räume zu schaffen, wo wir auf den sogenannten Zeitgeist Bezug nehmen, und es ist möglich, ihm auch entgegen zu steuern. Wir haben in den vergangenen

Jahren zwei neue Entwicklungsräume geschaffen, zwei Lehrgänge entwickelt, die sich dem Thema Ökonomie mit einer Wertorientierung annehmen.

Das eine ist eine Frauenakademie mit dem Titel „Geld und Leben – ökonomisch kompetent sozial handeln“, und das andere ist ein Lehrgang für soziale Verantwortung, wo es uns wichtig war, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen anzusprechen, unterschiedliche gesellschaftliche Akteure aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft anzusprechen. In der Entwicklung dieser Lehrgänge und zum Teil in der Durchführung – eine Frauenakademie hat bereits stattgefunden – hat sich gezeigt, dass es gelungen ist, Menschen anzusprechen, Menschen, die Kritik üben auch an der Ökonomie, an dem, wie Gesellschaft sich entwickelt, Menschen, denen es wichtig ist, sich an Werten zu orientieren, am Wert soziale Verantwortung beispielsweise, und dass es möglich ist, solche Räume in Kooperation mit anderen Trägern zu schaffen. Das sind einerseits politische Akademien, das sind aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen und auch Interessensvertretungen der Wirtschaft, das Wirtschaftsforum der Führungskräfte. Unsere Erfahrung ist, dass es möglich ist, durchaus ökonomiekritische Menschen anzusprechen, sich auf längere Bildungsprozesse einzulassen, dass es möglich ist, in diesem Rahmen Projekte zu entwickeln, die wirksam sind über diese begrenzte Zielgruppe hinaus. Dass es möglich ist, über Projekte Gemeinderätinnen anzusprechen, Raumpflegerinnen in einer Organisation, aber auch eine breitere Öffentlichkeit; so ist das T-Shirt, das ich trage, Produkt eines Projektes, das im Rahmen der Frauenakademie entstanden ist.

Wichtig ist mir in dem Zusammenhang, dass wir uns als politische Erwachsenenbildungseinrichtungen nicht verschließen können gegenüber Markttendenzen und gegenüber Fragen von Nachfrage- oder Bedarfsorientierung, dass es wichtig ist, uns dem zu stellen. Dass es aber mindestens ebenso wichtig ist, eigene Werte und eigene Kriterien sehr klar zur Verfügung zu haben, um das Eigene zur Entwicklung anzubieten. Also das Kriterium z.B., dass politische Bildung nachhaltig sein soll oder dass politische Bildung Widerstands- und Kritikfähigkeit fördern soll; das Kriterium, dass politische Bildung gesellschaftliche Visionen entwickeln helfen soll. – Das sind aus meiner Sicht unverzichtbare Kriterien, und hier

wäre für mich im Sinne der Selbstvergewisserung, die im Dialog stattfinden sollte, wünschenswert, dass es eine Auseinandersetzung gibt, einen Dialog darüber gibt, was sind solche von uns selbst gewählten Kriterien für qualitätvolle politische Bildungsarbeit; was ist wünschenswert an Strukturen, die es braucht, damit diese auch entgegensteuernde politische Bildungsarbeit möglich ist. Notwendig ist von Seiten der Öffentlichkeit eine klare Position, dass politische Bildung öffentliche Angelegenheit ist, dass politische Bildung res publica im ganz zentralen Kern ist und dass es daher wichtig ist, dass es Projektförderungen gibt – wie es im Rahmen der Gesellschaft für Politische Bildung stattfindet; dass es aber auch wichtig ist, Strukturförderungen auf jeden Fall beizubehalten; mit meiner Erfahrung im Bereich von vielen Initiativen, dass gerade auch kleine Mitteleinsätze, z.B. in Form der Personalsubventionen, enorme Multiplikatoreffekte haben.

Kathrin Stainer-Hämmerle: Ich werde nun kurz das Angebot des IFFs schildern. Das IFF ist das Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung, früher auf mehrere Universitäten verteilt, seit diesem Jahr an der Universität Klagenfurt als eigene Fakultät installiert. In der Szene wird das IFF meistens verbunden mit dem alten Hochschullehrgang für Politische Bildung für LehrerInnen, inzwischen gibt es aber schon ein weiter gestreutes Angebot für verschiedene Zielgruppen. Der Lehrgang ist aber trotzdem noch ein sehr wichtiges Feld, in dem wir uns betätigen, weil es keine universitäre Ausbildung für das Fach Politische Bildung an den Schulen gibt. Seit es das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ an der AHS gibt, werden für Geschichte-LehrerInnen zusätzlich einige Stunden Fortbildung angeboten. Der Lehrgang hat hier in den vergangenen Jahren eine sehr wichtige Lücke gefüllt, indem er (auch) LehrerInnen ermöglichte, sich speziell Methoden, Inhalte und Anforderungen für die Politische Bildung anzueignen. Wichtig ist uns aber nicht nur, wie viele Absolventen und Absolventinnen dieser Lehrgang, der inzwischen zu einem Masterprogramm über sechs Semester geworden ist, schlussendlich hervorbringt, sondern wichtig sind uns auch die Einzelteilnahmen; dass dieser Lehrgang offen bleibt für Interessierte, die nicht einen ganzen Lehrgang machen, sondern sich zu einzelnen Themen weiterbilden wollen und dass diese Möglichkeit weiterhin gegeben ist.

Wenn man sich die Personen anschaut, die wir ansprechen, muss man sich eingestehen, dass die Erwachsenen keine homogene Gruppe sind, die ein einziges Angebot braucht, sondern dass das – ganz vereinfacht gesagt – drei Gruppen sind. Ein Drittel der österreichischen Bevölkerung ist politisch desinteressiert; inzwischen sieht man das sehr gut an der Wahlbeteiligung, die sind kaum noch zu motivieren, zu Wahlen zu gehen. Diese Gruppe zu erreichen, ist sehr schwierig, man muss sehr niederschwellige und kurzfristige Angebote, aktualitätsbezogene Angebote setzen. Es gibt dann eine mittlere Gruppe, die sagt, wir sind mäßig interessiert und eventuell könnten wir uns vorstellen, wohin zu gehen, wollen uns aber nicht langfristig engagieren. Und dann natürlich eine politisch sehr stark interessierte Gruppe, die auch schon ein sehr hohes Niveau an Vorbildung besitzt und wo man Methoden finden muss, tiefer gehende Informationen zu bieten. Das IFF versucht auf allen diesen Ebenen tätig zu sein. Also neben dem Lehrgang, der ein Engagement über mehrere Semester erfordert, bieten wir auch kurzfristigere Akademien an für spezielle Zielgruppen, wie Landes- und Kommunalpolitiker, aber auch z.B. Ausbildungsoffiziere des Bundesheeres oder AHS-LehrerInnen in ganz bestimmten Fächern oder auch Schultypen. Wir haben auch mehrtägige Seminarreihen für Kammerfunktionäre und sonstige Interessensvertreter. Das kann man alles im Sinne der Elitenbildung sehen und vor allem auch in Hinblick auf die Ausbildung von MultiplikatorInnen.

Zwischenstufen, die wir anbieten, sind spielerische Elemente in Verbindung mit neuen Medien, z.B. Wahlbörsen oder auch die sog. „Wahlkabine“. Das sind Formen, die einen Einstieg ermöglichen sollen für potenziell Interessierte an politischer Bildung, wo natürlich auch eine bestimmte Elite angesprochen ist, nämlich diejenigen, die Internet-User sind. Trotzdem versuchen wir immer wieder auch, an und für sich Desinteressierte oder mäßig Interessierte anzusprechen, indem wir uns sehr bemühen, gerade in Zeitungen etwas vertiefende Informationen unterzubringen, z.B. Kolumnen, die nicht unbedingt in „Qualitätszeitungen“ zu finden sind – weil uns das auch sehr wichtig ist.

Weiters gibt es eine Veranstaltungsreihe, die immer wieder sehr erfolgreich läuft, das ist „Politik im Film“. Hier werden in Kinos über mehrere Tage Filme zu bestimmten Themen gezeigt, verbunden mit Vorträgen

und Diskussionsveranstaltungen von Experten. Gerade diese Breite, finden wir, macht auch die Qualität von Politischer Bildung aus.

Was wäre wünschenswert bzw. in welchem Spannungsfeld stehen wir? Wir merken den Druck von beiden Seiten. Da ist einmal die Seite der Geldgeber und finanziellen Unterstützung, dass eben Evaluationskriterien immer wichtiger werden, dass Absolventenzahlen immer wichtiger werden. Jetzt ist es natürlich bei unserem Lehrgang auch auf Grund unserer Philosophie so, dass wir zwar sehr viele Studenten haben, aber relativ wenig Absolventen. Was eben auch daran liegt, dass auch ein Druck von der anderen Seite kommt, nämlich dass es immer schwieriger wird, gerade auch für Lehrerinnen und Lehrer, sich über Jahre hinweg freustellen zu lassen. Die sagen, es würde uns sehr interessieren und wir machen gerne ein Seminar, aber es ist einfach schwierig mit den Direktoren zu vereinbaren, dass sie den ganzen Lehrgang machen können. Also auf der einen Seite wird das Lebenslange Lernen stark propagiert, aber auf der anderen Seite doch sehr schwierig gemacht. Mehr im Vordergrund steht die Ausbildung und nicht mehr die Bildung, also nur mehr die Dinge, die dann wirklich eingesetzt werden können. Das macht es schwer, längerfristige Konzepte wahrzunehmen. Auf der anderen Seite steht die Projektförderung, dass also Gelder, die zur Verfügung stehen, immer an Projekten hängen und dass dadurch die Aktualität sehr darunter leidet. D.h. ich kann mir als Veranstalter nur denken, das Thema könnte interessant sein, muss dann ein Projekt einreichen, und bleibe sehr auf dieses Thema fixiert. Die Flexibilität fällt weitgehend weg. An der Uni geht es soweit, dass wir im Moment die Zielvereinbarungskriterien für 2006 und darüber hinaus erarbeiten müssen, das macht es oft sehr schwierig, das Angebot zu erstellen, das die Personen, die wir ansprechen wollen, auch wünschen.

Robert Kramreither: Ich bin in der Abteilung Erwachsenenbildung im Bildungsministerium u.a. für politische Bildung in der Erwachsenenbildung zuständig. Nachdem das meiste bereits gesagt wurde von den VorrednerInnen, möchte ich mit einer persönlichen Evaluation der politischen Bildung beginnen. Nach einigen Jahrzehnten, wo es der politischen Bildung unter anderen zeitgeistigen Voraussetzungen besser gegangen ist, stehen wir heute vor einer Situation, dass politische Entscheidungen immer

mehr in einem Bereich außerhalb demokratischer Kontrolle passieren. Da die Politik einen Steuerungsverlust – vielmehr ist es ein Steuerungsverzicht – erleidet, und die Reaktion der Bevölkerung, der Widerstand dagegen relativ gering ist, und da sich Unzufriedenheiten in einem eher merkwürdigen Wahlverhalten äußern, wie wir das in vielen westeuropäischen Ländern in den letzten Jahren gesehen haben: Dänemark, Holland, Belgien, Österreich; dann stellt sich die Frage, woran liegt das, obwohl die Bevölkerung einige Jahrzehnte an politischer Bildung über sich ergehen lassen durfte?

Nun gibt es z.B. einen politischen Bildner, den erfolgreichsten politischen Bildner der Gegenwart, der auf Bestsellerlisten ganz oben rangiert, der ohne Probleme und ohne McDonalds 500 Leute mobilisieren kann und der durchaus dazu beiträgt, dass Leute politische Zusammenhänge erkennen, dass die Fähigkeit zur Analyse gestärkt wird, nämlich Michael Moore. Die Reaktion der Wissenschaft, der Intellektuellen, der Qualitätszeitungen ist durchaus kritisch, vor allem was die Form und was die Methoden betrifft. Aber was ich damit sagen möchte: Warum zieht man sich so sehr auf eine noble akademische Zurückhaltung in der Bildungsarbeit zurück und warum versucht man nicht auch von solchen Personen etwas zu lernen?

Damit möchte ich schon schließen und hoffe zur Diskussion beizutragen, indem ich meine, einen Paradigmenwechsel, was die politischen Methoden betrifft, für durchaus überlegenswert zu halten.

Klaus-Peter Hufer: Bei mir fängt das Problem, bezogen auf unser Thema Erwachsene politisch zu bilden, schon an jeder Hotelrezeption an, wenn ich meinen Beruf eintragen soll – Erwachsenenbildner – das sind so gigantomanische Ansprüche. Ich glaube nicht, dass irgendjemand jemanden bilden kann. Die Menschen bilden sich selbst. Das war ja der Versuch, den wir heute Morgen diskutiert hatten; aber wie und warum sie sich bilden, das ist interessant. Dazu fällt mir ein Vergleich aus der Tierwelt ein, wie ich politische Bildner und Bildnerinnen auch sehe. Der Vergleich kommt aus einem alten Buch, das relativ langweilig ist, aber millionenfach gelesen werden musste, mittlerweile liest es kaum noch jemand, nämlich die Mao-Bibel. Da steht ein schöner Satz drinnen: Wie ein Fisch

im Wasser – so sollte sich der Revolutionär bewegen. Der politische Bildner ist zwar kein Revolutionär, aber wie ein Fisch im Wasser zu leben, das finde ich, ist ein sehr schönes plastisches Beispiel, dass man in diesem Element unterwegs ist und mit den Menschen und mit den anderen Fischen gemeinsam versucht, etwas auf die Kiemen zu stellen. Ich vergleiche auch einen politischen Bildner, eine politische Bildnerin – zweiter Vergleich aus dem Tierreich – mit einem Trüffelschwein: Rennt in der Gegend herum und wenn es irgendwann eine Trüffel gefunden hat, dann ist ein Erfolgserlebnis da und dann können auch – nächstes Zitat – tausend bunte Blumen blühen. In diesem Zusammenhang ist politische Bildung angesiedelt, sie muss einfach mehr die Lebenswelt, die Lebenssituation begreifen – wo sind interessante Anknüpfungspunkte, damit Menschen in ihrer Freizeit freiwillig und selbstbestimmt kommen und sich freiwillig und selbstbestimmt auf spannende und kreative Lernprozesse einlassen. Aber ob die Menschen deswegen die politische Bildung brauchen, weiß ich nicht. In Deutschland vollzieht sich ja ein hochinteressanter Prozess: die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung ist geschlossen worden und keinen regt es auf. Das ist eigentlich das Atemberaubende – stellen Sie sich vor, es gibt politische Bildung und keiner geht hin und keinen interessiert es. Das ist die Situation, mit der wir permanent leben, und vielleicht sind auch unsere eigenen Kränkungen im Spiel, aber nichtsdestoweniger brauchen wir eine Institution, die ihren Beitrag leistet, damit Menschen überhaupt noch in der Lage sind, sich in diesem Gewirr der Informationsgesellschaft zu koordinieren und zu orientieren. Als Immanuel Kant starb, wurde seine Bibliothek verhökert; mich hat sehr fasziniert, als ich erfahren habe, dass die gesamte Bibliothek aus genau 600 Büchern bestand. Oder die Yale-Universität in den USA hatte am Anfang des 19. Jahrhunderts in ihrer Bibliothek einen Bestand von tausend Büchern. Aber wenn man die Zuwachsquote hochrechnet, werden dort im Jahr 2040 12 Millionen Bücher sein. In dieser Situation muss es eine Institution geben, die ein wenig dafür sorgt, dass Schneisen in diesen Informationsdschungel geschlagen werden. Aber es kann sich niemand mehr erdreisten und anmaßen, angesichts dieser wahn sinnigen Informationsmenge, repräsentativ das Wissen dieser Welt abzubilden, damit andere sich ein Beispiel nehmen können und sich selbst

daran bilden. Wie man aus diesem Dilemma herauskommt? Das verrate ich nicht – weil ich es auch nicht weiß. Darüber müssen wir gemeinsam nachdenken. Es ist einfach eine Illusion anzunehmen, es gibt noch einen Repräsentanten, der bildungsbedeutsame Inhalte der staunenden Menschheit vermittelt. Vielmehr Trüffelschwein – und damit ist auch schon etwas Schönes gesagt.

W.R.: Danke. Ich frage jetzt einmal das Podium. Gibt es unmittelbaren Bedarf zu replizieren?

G. Lindner: Vielleicht eines. – Auf das Letztgenannte von Ihnen. Aus dem Grund, meine ich, braucht es Raum, wo gemeinsame Suchprozesse möglich sind.

G. Diendorfer: Ich möchte auch noch kurz anschließen. Ich denke, man sollte es akzeptieren, dass es nicht mehr möglich ist, dass man sagt, ich weiß jetzt alles und ich vermittele das. Das sind traditionelle Bildungsformen, die nicht mehr greifen in einer Lerngesellschaft, in der wir uns bewegen. Das ist wirklich ein Paradigmenwechsel, und die politische Bildung ist vehement davon betroffen. Es gibt auch Beispiele, wie darauf reagiert wird. Man braucht Rahmenbedingungen und Projekte, die – Frau Lindner hat es sehr schön formuliert – es ermöglichen, etwas auszuprobieren. Aber ich denke, man muss nicht bei Null anfangen, sondern man kann sagen, es geht um Orientierungswissen. Wir können wir das herstellen? Wie können wir Lernprozesse in der Lerngesellschaft optimal so gestalten, dass jeder auch selbstbestimmt lernen kann? Das ist die Herausforderung für die Erwachsenenbildung, die ErwachsenenbildnerInnen in den verschiedenen Bereichen. Hier ist die Öffentliche Hand gefordert, genauso wie auch die Zivilgesellschaft gefordert ist, die meiner Meinung nach schon wunderbar darauf reagiert hat. Man muss im Bereich der politischen Bildung auch die Frage nach Demokratiedefiziten stellen – und wie kann man Wissen darüber vermitteln, oder analysieren, dass Prozesse jetzt anders ablaufen, sei es auf EU-Ebene, sei es dass die Politik selbst sich verändert, dass Transparenz eingefordert wird. Auch zur Frage, warum sind alle so desorientiert oder demotiviert und gehen nicht

zur Wahl. Da denke ich mir, es gibt ja Beispiele, aber es ist nicht mehr so klar oben und unten, sondern es schwimmt eigentlich viel mehr. Da müsste man neue Wege gehen und neue Versuche starten.

K.-P. Hufer: Ich finde den Begriff Nichtwähler furchtbar. Es kann eine durchaus bewusste politische Entscheidung sein, nicht wählen zu gehen. Die Leute sind teilweise vielleicht viel zu klug und politisch gebildet, als dass sie sich auf diesen rituellen Reflex einlassen, da zur Wahl zu gehen und meinen, das wär es schon. Da ist auch untersucht worden. Die Gruppe der Nichtwähler ist groß und differenziert. Da gibt es politisch höchst bewusste Nichtwählergruppen. Da wäre ich ein bisschen vorsichtig, das zum Kriterium von Bildungsarbeit zu machen.

M. Wirtitsch: Darf ich hier kurz anschließen. Ich glaube, man muss aufpassen, die politische Bildung dafür verantwortlich zu machen, wie Wahlergebnisse ausgehen. Die politische Bildung kann nicht reparieren, was Politik verbockt. Wenn man jetzt der Meinung ist, politische Bildung hat darauf Einfluss, wie Wahlen ausgehen, dann gilt das in der Vergangenheit genauso wie jetzt. Wenn ich mir nun die österreichischen Wahlergebnisse anschau, dann könnte ich eigentlich froh sein, dass es politische Bildung gibt, denn sie hat ja gewirkt – wenn das der Mechanismus wäre. In Deutschland läuft momentan eine ganz andere Debatte. Durch den Zuwachs der rechtsradikalen Gruppierungen in den Neuen Bundesländern sieht die Politik und die politische Bildung, in Gestalt der Bundeszentrale für politische Bildung, es als besonderen Auftrag an, dort mit politischer Bildung besonders aktiv zu werden. Allerdings gilt auch hier: was die Politik verbockt, kann politische Bildung so nicht reparieren. Wir können noch so intensiv über die Problematik dieser Parteien und ihrer Parteiprogramme sprechen, wenn die Politik nicht in der Lage ist, Arbeitsplätze und Lebensumstände zu sichern. Diese Diskrepanz löst sich für mich dadurch nicht auf.

Erhard Meueler: Bei uns in Deutschland hat sich die politische Bildung aus der Re-education der Amerikaner entwickelt. Nach dem Faschismus musste die Demokratie wieder eingeführt werden; das war ein gutes Pro-

gramm. Das hat dann seine bürokratischen Wucherungen genommen, und dann entstand die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen, mit lauter Angeboten, alle machten Angebote. Das war sozusagen die Geschichte. Heute ist die Situation anders, die Angebote werden nicht wahrgenommen – oder nur wenige. Kant würde seine Freude haben, wenn er sähe, wie die Leute sich ihre Meinung selber bilden. Er meinte, die Aufklärung ist der Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit, die Fähigkeit sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Er meinte damals die Kirche. Die Menschen heute nehmen sich die Informationen und bilden sich ihre Meinung selber, mithilfe von Fernsehen, Kollegengesprächen, Zeitungen usw. Meine These lautet: Wir müssen das ernst nehmen; ich finde, die entscheidenden Prozesse der politischen Entwicklung finden in der Alltagssozialisation statt, in der Familie.

Thomas Mann: Für mich scheint sich jetzt in den bisherigen Wortmeldungen am Podium eine Kluft aufzutun, die ich selber auch in Interviews und Literatur zur politischen Erwachsenenbildung finde, nämlich – das ist vorher schon angesprochen worden – dass von den aktiven NGOs, zum Beispiel attac, eben niemand anwesend ist. Und hier frage ich mich: Will man überhaupt eine Verbindung dazu? Ist das heutige Selbstverständnis der politischen ErwachsenenbildnerInnen überhaupt so, mit diesen aktiven Initiativen zusammenzukommen? Eine Ausnahme scheint mir hier – wie Gabriele Lindner erzählt hat – die Katholische Sozialakademie zu sein. Dass dort niemand ausgegrenzt wird, dass dort zusammengearbeitet wird, das finde ich, ist genau der richtige Weg. Wenn wir über die Orientierung der politischen Erwachsenenbildung reden, welchen Anspruch haben wir? Wollen wir wirklich nur sagen, wir sind die Bittsteller? Oder wollen wir, müssen wir – ist das unser Selbstanspruch – in gesellschaftliche Konflikte auch eingreifen? Mit unseren Programmen, auch mit unseren persönlichen Aktivitäten als einzelne Leute? Wollen wir sie nur begleiten, sind wir außerhalb oder sind wir drinnen? Gehört das dazu, zur politischen Erwachsenenbildung?

Mann im Publikum: Es wurde die gute Dotierung der politischen Parteien

erwähnt. Ich möchte das präzisieren: Die politischen Parteien sind nicht nur gut dotiert, sondern sie sind meines Wissens nach auch die einzigen, die eine gesetzlich gesicherte Finanzierung für politische Bildung haben. Ich glaube, Österreich hat da eine Sonderstellung in Europa, weil es in anderen Ländern keine gesetzliche Regelung dafür gibt.

Franz Bittner: Ich bin selbst lange Zeit Vorstandsmitglied einer dieser politischen Einrichtungen gewesen, und weiß daher recht gut Bescheid, was dort gespielt wird, und zwar unabhängig davon, welche Partei das ist. Im Prinzip geht es bei allen diesen Einrichtungen vor allem darum, die eigenen Funktionäre zu schulen. Das ist das eigentliche Ziel der Akademien, und das tut mir als einem, der in der Erwachsenenbildung tätig ist, sehr weh. Weil ich glaube, dass das ein schwerer Missstand ist. Es gibt hier strategisch zwei Möglichkeiten: Die eine ist, dass man das bekämpft. Das ist heute sehr schwierig, denn man findet kaum Partner, weil man befürchtet, dass man dann selber nichts mehr bekommt. Oder – die zweite Möglichkeit – man kämpft für andere Lösungen, wie z.B. ein ordentliches Erwachsenenbildungsgesetz in Österreich. Es wäre doch wirklich hoch an der Zeit, dass in diesem Bereich eine gesetzliche Verpflichtung entsteht, damit das Überleben von Einrichtungen auch längerfristig gesichert ist.

Ich habe noch einen zweiten Punkt: Auch als Betroffener, der lange Zeit im Elternverein einer AHS tätig war. Durch den vielen Kontakt mit den Lehrern habe ich bemerkt, dass diesen Menschen ein wichtiger Lernraum fehlt, nämlich der Raum außerhalb der Schule. Lehrer gehen zur Schule, dann auf die Uni, dann wieder in die Schule. Sie sind in einem geschlossenen System. Aber eigentlich wäre es doch sinnvoll, dass Menschen zuerst im Berufsleben Erfahrungen sammeln sollten, bevor sie wiederum in die Schule kommen.

Jetzt bin ich gleich fertig, nur noch die Frage an Herrn Wirtitsch zu den Ressourcen in der Erwachsenenbildung, die so stark sein sollen...

M. Wirtitsch: Ich bin so froh, dass endlich jemand auf die Provokation reagiert! Ich sitze hier am Podium und erwarte mir Vorstellungen von Ihnen aus der Erwachsenenbildung, was wir im Ministerium bzw. als Info-

zentrum dazu beitragen können, dass es Ihnen besser geht. Es sind zwar bisher recht allgemein politische Ansprüche in den Raum gestellt worden, aber – da das eine Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung und des Informationszentrums ist – möchte ich eigentlich schon von Ihnen wissen, was erwarten Sie von uns, wie wir Ihre Tätigkeiten unterstützen können. Was brauchen Sie vom Infozentrum, von der ÖGPW, außer dass es hin und wieder Mittel gibt, die meistens zu gering sind. Was hätten Sie gerne? Was kann ich, was kann Kollege Kramreither vom Ministerium für Sie tun?

W.R.: Wir haben einige Wortmeldungen. Ich nehme an, dass dabei auch auf das Erwachsenenbildungsgesetz eingegangen wird.

R. Kramreither: Ich möchte nicht eine Diskussion über das Budget einer anderen Einrichtung beginnen. Die politischen Akademien der Parteien sind natürlich in erster Linie Kaderschmieden, die machen aber auch öffentliche Veranstaltungen mit hohen qualitativen Ansprüchen. Es sind Einrichtungen, die durchaus eine öffentliche Dotierung verdienen, die Größenordnung ist allerdings schon erstaunlich. Das, was nicht funktioniert und was in der Vergangenheit nicht funktioniert hat, ist, wenn man Einrichtungen, die durchaus auch in der Erwachsenenbildung oder politischen Bildung tätig sind, die Existenzberechtigung oder die öffentliche Förderung abspricht und dass man dann damit rechnet, diese Gelder selbst zu bekommen. Diese Erfahrungen haben wir gemacht und aus diesen Erfahrungen sollten wir lernen, dass das nicht der richtige Weg ist, um zu mehr Geld zu kommen.

Marion Wisinger: Wenn es darum geht, neue Mittel und neue Wege in der politischen Bildung zu entwickeln, dann muss man sich auch die persönliche Situation anschauen. Der Vertrag des Informationszentrums Politische Bildung läuft alle zwei Jahre aus, dann ist ein halbes Jahr wieder Einreichung, dann entscheidet sich in letzter Sekunde, ob wir überhaupt eine Verlängerung bekommen oder nicht. Wir sind also gezwungen, mehrere Jobs parallel zu machen – das ist auch eine Frage der strukturellen Gewalt, nämlich Leuten, die auf einer inhaltlichen oder politischen Ebene

arbeiten sollen, alle eineinhalb Jahre zu sagen, wie sieht es aus, habt ihr das Plansoll erreicht? Wir können eigentlich nie über mehrere Jahre hinweg planen und etwas entwickeln, versuchen neue Wege zu gehen, Kooperationen eingehen. Es ist irrsinnig schwierig, wenn das immer wieder abreißt, wenn man mit einem Fuß in der Arbeitslosigkeit ist.

K. Stainer-Hämmerle: Ich möchte etwas zur Lehrerausbildung in der politischen Bildung sagen. Der Uni-Lehrgang hat ja genau das gemacht: Von einem reinen Hochschullehrgang ausschließlich für LehrerInnen haben wir versucht uns für andere Gruppen zu öffnen. Es war eine sehr positive Erfahrung, dass in den Seminaren nicht nur 20, 25, 30 LehrerInnen gesessen sind, sondern dass auch andere Menschen aus anderen Zusammenhängen sich einbringen konnten.

Ich denke, es gibt einen großen Unterschied zu Deutschland, in Österreich hat es nach dem Zweiten Weltkrieg die Re-education aufgrund der Opferthese nicht gegeben. Dadurch gab es auch die Diskussion nicht, ob in Österreich eine Umerziehung nötig ist. Letztlich haben dann die Parteiakademien den Auftrag bekommen, politische Bildung zu betreiben – und das ist genau die Situation, unter der wir immer noch leiden, dass nämlich die politische Bildung mit Parteipolitik in Verbindung gebracht wird. Und obwohl sich die Situation geändert hat, müssen wir immer noch gegen diese Vorurteile ankämpfen.

G. Diendorfer: Ich möchte nicht immer im Bereich der politischen Bildung Grundsatzdebatten führen, die dann damit enden, dass alles so schlecht, alles so problematisch ist. Wenn es um die finanzielle Seite geht, da würde ich auch sagen, es bräuchte mehr strukturelle Kontinuität und wir brauchen bessere Rahmenbedingungen, dass man Veränderungen auch mittragen kann, dass man etwas weiterbringt im Bereich der politischen Bildung. Es sind ja an sich gar nicht so wenig Geldmittel da, die Frage ist nur, wie sie verteilt werden. Es gibt im Bereich der Erwachsenenbildung Anbieter und Institutionen, die verfügen über viele Ressourcen und andere haben weniger; hier muss man im Detail diskutieren: Was ist Politische Bildung, welche Politische Bildung brauchen wir und wie können wir sie umsetzen? Da, denke ich, müssen wir mehrere Dis-

kussionen führen und schauen, für welche Bereiche, Gruppierungen innerhalb der Erwachsenenbildung wollen wir etwas machen.

G. Lindner: Ich möchte nochmals unterstreichen, dass es aus meiner Sicht ganz wichtig ist, dass es eine strukturelle Absicherung gibt im Bereich der außerparteilichen politischen Erwachsenenbildungsarbeit. In der Entwicklung des Lehrganges „Soziale Verantwortung“ hat sich gezeigt, dass viele Leute sagen, gut ich bin in meinem Bereich, sei es der Parteibildung, sei es im Bereich der kirchlichen Bildung ganz gut versorgt. Was aber fehlt, ist, mich mit anderen gemeinsam zu bilden, also die Interaktion und das Lernen von Kooperation in der politischen Arbeit. Deshalb war gerade die Kooperation mit der Politischen Akademie [der ÖVP] wichtig und vor allem mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen – wie das auch angesprochen wurde. Meine Erfahrung ist, dass es ganz wichtig ist, an den gemeinsamen Werten anzusetzen, an der Frage, wo gibt es etwas, das uns verbindet und das wir zu einem Rahmen weiterentwickeln wollen. Also sich zu positionieren mit einem Wert, aber dennoch hier einen Rahmen zu schaffen. Zur Perspektivlosigkeit, die so oft in politischen Bildungsdiskussionen auftaucht, also, es ist nicht möglich, Leute zu erreichen, die Geldmittel sind nicht gegeben – hier wollte ich signalisieren, es ist auch unter *diesen* Rahmenbedingungen etwas möglich. Ich möchte aber anschließen – das habe ich noch nicht erwähnt – wir wollten mehr Leute aus dem Bereich der Wirtschaft mit unserem Bildungsangebot erreichen. Und da hat sich gezeigt, dass Leute, die doch in gewisser Weise einen Leidensdruck verspüren, ansprechbar sind, dass es aber schwierig ist Menschen zum Mitarbeiten, zum Mitlernen zu bewegen, die diesen Leidensdruck scheinbar nicht so verspüren.

Gerald Donat: Es geht um Kommunikation, nicht nur um Information. Es gibt eine wirklich ganz tolle Initiative, die Aktionstage Politische Bildung. Das ist ein Ansatz, aber so ein Forum müsste es kontinuierlich geben. Da müsste eine andauernde Einbindungsmöglichkeit da sein. Ich glaube, dass man hier Strategien entwickeln müsste, wo man alle Organisationen, die jetzt da sitzen und die, die nicht da sitzen, einbinden müsste. Einbinden heißt, dass man ihnen Kommunikationsmöglichkeiten gibt. Die Aktions-

tage sind einige Wochen im Jahr – wir hatten z.B. im Sommersemester nichts, was dazu gepasst hätte. Aber jetzt hätten wir Veranstaltungen... Und gerade politische Bildung ist, wie wir heute schon gehört haben, manchmal eine ad hoc-Reaktion auf eine Situation. Und da gibt es, glaube ich, nicht so viel. Daher wäre meine Bitte, nach einer kontinuierlichen Möglichkeit der Einbindung all dieser Institutionen und Menschen, die hier etwas tun wollen.

E. Meueler: Wir müssen uns lösen von den Allmachtsphantasien, etwas bewirken zu können, was den ganzen Menschen betrifft. Keine andere Wissenschaft traut sich das – einfach zu erwarten, wir können den ganzen Menschen verändern, ihn befähigen. Ich kann niemanden von außen befähigen; Fähigkeiten sind Subjektanteile, ich kann nur Lernmöglichkeiten schaffen.

Wenn ich mich jetzt dem Dilemma zuwende, das hier heute morgen ganz deutlich geworden ist: da sind Apparate entstanden, es gibt strukturelle Bezuschussung, Personalbezuschussung, Projektbezuschussung. Und diese Personen, die da tätig sind, müssen ja einen Tätigkeitsnachweis erbringen. Also machen sie Jahrespläne, Halbjahrespläne usw. Gleichzeitig weiß ich, dass die politische Alltagssozialisation entscheidend ist, dass man im Moment reagieren muss, das hat eben der Kollege auch angesprochen, das stimmt mit meiner Einschätzung überein – bei uns in Deutschland beispielsweise Hartz IV. Ja, dann muss es zu Hartz IV oder Opel, also zur Frage, ob die Werke in Bochum und Rüsselsheim geschlossen werden sollen, dann muss es direkt zu diesen Geschichten Angebote zu kommunizieren geben.

Das kann ich nicht über Fernsehen machen; die Botschaft im Fernsehen wird viel zu sehr verkürzt, da muss von Auge zu Auge gesprochen werden. Auch beim Internet fehlt das, was für Kommunikation entscheidend ist, nämlich 80% der Kommunikation sind Körperwahrnehmungen, es zählt die Mimik, die Anwesenheit eines Körpers – das fehlt alles im Internet.

Jetzt stehen wir vor dem Dilemma: Die Apparate bestehen, und wie können wir jetzt – trotz dieser eineinhalbjährigen Vorausplanung – wie können wir dann sofort reagieren? Wissen ist genug da. Nicht nur bei

uns, sondern auch in unserer gesellschaftlichen Umgebung und nun existiert eine gesellschaftliche Krisenproblematik, auf die sollen wir sofort antworten können. Z.B. eine Expertenbefragung ermöglichen zu Opel, Hartz IV. Und dann merken die Leute, das ist aktuell, das ist bedeutsam für mich. Das ist ja die entscheidende Vokabel: Ich will haben, was für mich bedeutsam ist und das, was für mich einen Sinn verspricht. D.h. man muss über dieses komplizierte Dilemma nachdenken, die Schwerfälligkeit des Tankers der politischen Institutionen mit ihren eineinhalbjährigen Vorausplanungen und der Ad-hoc-Reaktion. Wie kann das gehen?

M. Wisinger: Ich möchte gleich darauf reagieren. Das würde ja zur Folge haben, dass politische Bildung zu politischer Handlung führt. Denn wenn ich zu einem aktuellen Asylgesetz Veranstaltungen mache, dann zieht eine politische Meinung Handlungsbedürfnisse nach sich. Und das ist, glaube ich, nicht erwünscht und das wird auch nicht finanziert. Das was finanziert wird, sind wohl-abgezirkelte, vorbestimmte Themen. Im Grunde sind aktuelle Themen, die wirklich unter den Fingernägeln brennen, in der politischen Bildung nicht erwünscht.

Noch eine Frage an Gabriele Lindner. Du hast von Werten gesprochen, von Werten in der Katholischen Erwachsenenbildung. Was für Werte sind das? Ich kenne einige Projekte aus den Projektanträgen, die aus dieser Richtung kommen, das sind oft sehr interessante Veranstaltungen. Aber dahinter steht einfach immer ein katholisches Wertesystem, das für mich etwa sehr hierarchisch ist. Wie kann man eigentlich eine gute politische Bildung vermitteln vor dem Hintergrund dieses Wertesystems?

Barbara Sahab: Es ist das Wort Zivilgesellschaft gefallen, oder auch eine Plattform, wie man sich vernetzen kann. Ich finde das gut, ich habe nur immer die Angst, dass es einem Selbstzweck dient. Das andere ist, dass hier gefragt wurde, was wünschen wir uns denn? Ich würde mir wünschen, wenn es Initiativen gäbe, die wir nicht machen können, weil sie den Rahmen sprengen. Etwa wenn politische Bildung – oft als Minderheitenprogramm bezeichnet – als Mehrheitenprogramm begriffen wird oder zu dem gemacht wird. Wenn man mit provokanten Statements hinausgeht, entweder in die Medien, im Fernsehen, in Inseraten oder sonst

irgendwo, wo man man mehr Leute damit erreicht. Ich habe sehr oft das Problem, Leute von etwas überzeugen zu müssen, Überzeugungsarbeit zu leisten, dass das, was wir tun, Antirassismus, Antidiskriminierung, etwas ist, das alle betrifft. Meist glaubt man, es betrifft eh nur die Minderheiten, weil man selber nicht davon betroffen ist; was natürlich Blödsinn ist. Also gewünscht wären Aktionen, die das Anliegen zur Mehrheit tragen, die es in einen größeren Rahmen bringen.

G. Lindner: Zur Wertefrage. Wir alle sitzen hier mit unseren Werten, und es wäre spannend, sich mit unseren Werthaltungen auseinanderzusetzen und uns über unsere Werthaltungen zu verständigen. Aus meiner Sicht ist es wichtig, Werthaltungen in die politische Bildung einzubringen, um Bündnisse und Solidaritäten schließen zu können. In Fall der „Sozialen Verantwortung“ war es möglich, gerade mit ganz vielen nicht-katholischen Einrichtungen einen gemeinsamen Ansatzpunkt zu finden, um gemeinsam im Dialog auch die Frage zu entwickeln, was heißt für uns jetzt soziale Verantwortung? Und welchen Beitrag kann jemand aus einem Unternehmen, kann jemand von einer politischen Partei, kann jemand von *attac* oder von *Greenpeace* einbringen, um soziale Verantwortung zu stärken.

Als Abschlussstatement möchte ich einerseits die Strukturen nochmals ansprechen. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist in der politischen Bildung, die Strukturen im Blick zu haben und an Strukturentwicklung weiterzuarbeiten in Richtung gesetzliche Verankerung. Und dass es auf der anderen Seite darum geht, in der Realität, in der wir jetzt leben, die bestehenden Strukturen zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist es eine große Qualität, dass es diese Veranstaltung hier gibt, wo es möglich ist, diese Dinge zu diskutieren und möglicherweise etwas auch in Bewegung zu bringen. Und abschließend aus meiner Sicht, dass es Wachsamkeit braucht in der politischen Bildungsarbeit und den Mut, auch neue Wege zu gehen und neue Koalitionen einzugehen.

K. Stainer-Hämmerle: Worüber ich mir Gedanken mache, wenn ich gezwungen bin, mein Programm ein Jahr im Voraus zu planen, ist weniger die Gruppe derer, die sich engagieren und die auch artikulationsfähig sind.

Natürlich bin ich über jede Anregung froh und bereit zu Kooperationen – es gibt viele Kooperationspartner, die haben wenig Berührungängste, aus welcher Richtung sie auch immer kommen. Was mir aber schon Sorgen macht, ist eine Gruppe von Personen, die derzeit wenig artikuliert ist. Wenn ich am Anfang gesprochen habe von Nichtwählern, so weiß ich schon, dass sich einige bewusst verweigern – ich glaube aber nicht, dass es die Mehrheit ist. Die Mehrheit dieser Personen steht einem Informationsfluss hilflos gegenüber, sie resignieren gegenüber einem politischen System, das sehr viel von oben vorgibt. Sie wissen nicht, wie sie sich selber einbringen können, sie betrachten Politik als ein geschlossenes System. Und hier wäre es mir schon wichtig, Möglichkeiten zu geben, die eigenen Chancen im Leben zu entdecken, als Angebot, das man niemandem aufzwingt. Daher wäre es wünschenswert, dass sich mehr Leute zusammensetzen und nachdenken, wie diese Personen erreicht werden können.

M. Wirtitsch: Bei dieser Diskussion, wie auch bei vielen anderen, wo es um viele grundsätzliche Dinge geht, tauchen die ganz großen Fragen meist am Schluss auf. Leider habe ich keine Zeit darauf einzugehen, obwohl es wirklich höchst interessant wäre. Ich sehe auf dieser Veranstaltung schon ein paar Dinge, wo ich denke, dass man sie im Bereich der Erwachsenenbildung, bei der politische Bildung, im Infozentrum, bei den Servicestellen aufgreifen kann als Support für Sie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Was uns so locker nicht gelingen wird, wahrscheinlich bräuchten wir dazu eine politische Unterstützung, die auf einer ganz anderen Ebene notwendig wäre, nämlich ein Erwachsenenbildungsgesetz durchzubringen. Das wäre eine eigene Podiumsdiskussion, wo die verschiedensten Interessen und Strategien zu diskutieren wären.

Ich habe viele Materialien ausgeteilt, u.a. zu den Aktionstagen Politische Bildung. Ich lade ein, hier mitzumachen. Oder, wenn aus der Welt der Erwachsenenbildung heraus sich selbst eine Aktion entwickelt, umso besser – wenn sichtbar wird, das machen jetzt Erwachsenenbildungseinrichtungen zur politischen Bildung. Ein permanentes Sichtbarmachen dessen, was wir alle tun könnten, dazu glaube ich, gibt es zuwenig Mittel. Man muss hier fokussieren und die Dinge sichtbar machen für einen bestimmten Zeitraum. Aber wir wissen alle, dass es damit eine Sogwirkung

gibt und dass ohne die breite Basisarbeit im Hintergrund auch solche Aktionen nichts bewirken können.

G. Diendorfer: Ich möchte das Stichwort Kommunikation aufgreifen, und einen großen Akteur im Bereich der politischen Bildung ansprechen, das ist der ORF. Denn ich glaube auch, politische Bildung sollte ein Mehrheitsprogramm werden und kein Minderheitenprogramm sein. Wie schwierig es ist, etwas längerfristig durchzutragen und Aufmerksamkeit zu erreichen, habe ich bei den Aktionstagen Politische Bildung gesehen, wo das Demokratiezentrum auch ein Akteur ist, der sie mitträgt. Da ist es wahn-sinnig schwierig, bei den Medien überhaupt einmal unterzukommen und einzelne Journalisten zu beackern, dass sie einen kleinen Bericht darüber bringen. Aber steter Tropfen höhlt den Stein, nach diesem Motto muss man hier vorgehen.

R. Kramreither: Nachdem man sich von der Politik mehr erwartet als dass nur in Sonntagsreden die politische Bildung hochgehalten wird, sondern beispielsweise auch Rechtssicherheit, nehme ich diese Anregungen gerne auf. Ich nehme das nach jeder Veranstaltung im Gepäck mit und werde mich weiterhin bemühen, die notwendigen strukturellen Absicherungen soweit wie möglich voranzutreiben. Es ist natürlich eine mühsame Angelegenheit, und eine unendliche obendrein, aber in diesem Sinne kann ich versichern, dass wir im Ressort in diese Richtung unermüdlich tätig sind.

K.-P. Hufer: Ich habe die Diskussion beobachtet, beziehe mich aber mit ein in diese Wahrnehmung: Wir sind heute morgen als Tiger gestartet – was kann man politisch-bildnerisch alles erreichen und haben uns die Omnipotenzphantasien völlig abgeschminkt, zwischendurch waren wir ein absoluter Bettvorleger, und krabbeln jetzt so als zahnlose Tiger oder als Schoßkätzchen wieder hervor. Wir sind froh, dass wir noch Aktionstage haben und dass wir noch eine kommunikative Plattform finden. Das ist alles sehr bescheiden. In Deutschland sind wir natürlich wesentlich weiter. Wir bauen die Erwachsenenbildungsgesetze schon wieder ab, die hier noch gesucht werden, also so weit sind wir schon. Bei uns werden die

Strukturen schon aufgegeben zugunsten von Projekten, so weit sind wir auch schon. Das ist natürlich eine ganz fatale Situation.

Ich finde es ganz wichtig, darauf hinzuweisen, was soll eigentlich jemand an Persönlichkeitsmerkmalen aufweisen, der in diesem Job drinnen steht. Ich finde schon, dass Fritz Borinski recht hat, wenn er sagt, „Mut muss er haben“. Erhard Meuler hat gesagt, Hartz IV, da gehört un-gemein viel Mut dazu – Handlungsorientierung war einmal eine zentrale didaktische Kategorie, die ist völlig weg. Sie ist verkommen. Handlungsorientierung ist mittlerweile schon, wenn man gemeinsam eine Collage anfertigt und die an die Wand packt, dann sagt man, es ist Handlungsorientierung. Aber in die Gesellschaft einzugreifen, die Gesellschaft mit zu verändern, das erfordert viel Mut. Aber um diesen Mut aufbringen zu können, braucht man soziale Sicherheit. Diejenigen, die dort arbeiten, brauchen die soziale Sicherheit. Wenn sie nur in Projekten drinnen stehen, in prekären Arbeitsverhältnissen – das wird auch beschönigend als neue Selbständigkeit ausgewiesen oder schönegeredet –, dann funktioniert das nicht. Und zu Mut gehört auch ein Wertehintergrund. Und ich muss da meiner katholischen Nachbarin einen individuellen – protestantischen – Beistand leisten, und sagen, dass die Frage unfair war. Weil nämlich Normen, soziale Normen, die von einer Institution verordnet werden, mit Werten verwechselt wurden. Das ist überhaupt nicht der Punkt. Ohne Werte – das habe ich auch heute Morgen gesagt – geht es nicht. Diese Werte engagiert zu vertreten, auch gegen die Institutionen, in denen man arbeitet – das ist der entscheidende Punkt: die repräsentieren nicht die Werte. Ich meine beispielsweise, da sind wir schon bei der Religion ange-langt, die Bergpredigt ist eine wunderbare Plattform für die politische Bildung. Die zu vertreten gegen die Anmaßung der Vertreter der Institutionen, das erfordert Mut. Jetzt sind wir wieder bei der verdienstvollen Aufgabe des Vertreters des Ministeriums, dafür braucht man Strukturen, Voraussetzungen und Kontinuität. Da schließt sich der Kreis und wir können alle friedlich schnurrend nach Hause gehen.

Die Workshopleiter

Dr. Erhard Meueler, geb. 1938 in Waldbröl/Rheinland

Professor für Erwachsenenbildung am Pädagogischen Institut des Fachbereiches Philosophie/Pädagogik der Johannes Gutenberg Universität Mainz ab 1982, pensioniert seit Herbst 2003, Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu entwicklungspolitischen und erwachsenenpädagogischen Themen und Fragen.

Veröffentlichungen (Auswahl):

- 2001 Lob des Scheiterns, Methoden- und Geschichtenbuch zur Erwachsenenbildung an der Universität, Schneider Verlag Hohengehren, Baltmannsweiler
- 1999 Wie aus Schwäche Stärke wird. Vom Umgang mit Lebenskrisen, völlig überarb. Neuauflage, Milow (erste Aufl. Reinbek 1987)
- 1998 Erwachsene lernen, 5. veränd. Auflage, Stuttgart (erste Auflage 1982)
- 1998 Die Türen des Käfigs, Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung, 2. Aufl. Stuttgart (erste Aufl. 1993)

Dr. Klaus Peter Hufer, geb. 1949 in Groß-Gerau/Hessen

Privatdozent an der Universität Duisburg-Essen für „Erwachsenenbildung mit dem Schwerpunkt politische Erwachsenenbildung“ und Fachbereichsleiter für Geistes- und Sozialwissenschaften an der Kreisvolkshochschule Viersen. Herausgeber und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur Geschichte, Theorie und Praxis der politischen Erwachsenenbildung sowie zur Weiterbildungspolitik.

Veröffentlichungen (Auswahl):

- 2004 Hg. Positionen der politischen Bildung 2, Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. (gem. mit Kerstin Pohl, Imke Scheurich)
- 2002 Autonomie und Kritikfähigkeit, Gesellschaftliche Veränderung durch Bildung, Schwalbach/Ts. (gem. mit Bardo Heger)

2002 Wissen ohne Bildung? Auf dem Weg in die Lerngesellschaft des 21. Jahrhunderts, Neu Ulm (gem. mit Ulrich Klemm)

2001 Für eine emanzipatorische politische Erwachsenenbildung – Konturen einer Theorie für die Praxis, Schwalbach/Ts.

2000 Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach/Ts.

1999 Hg. Lexikon der politischen Bildung, Bd. 2: Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts.

1995 Hg. Politische Bildung in Bewegung, Neue Lernformen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts.

1992 Politische Erwachsenenbildung, Strukturen, Probleme, didaktische Ansätze, Eine Einführung, Schwalbach/Ts., 2. Aufl. 2000

Informationszentrum Politische Bildung

Tätigkeit

Das Informationszentrum Politische Bildung ist eine Einrichtung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung und besteht seit 2002. Unsere Aufgabe ist die Unterstützung von Bildungseinrichtungen und ErwachsenenbildnerInnen, die im Bereich der politischen Bildung arbeiten. Wir beschäftigen uns mit Methoden und zielgruppenorientierten Vermittlungsformen der politischen Bildung und beraten bei der Projektgestaltung oder Durchführung von Veranstaltungen. Das Informationszentrum kooperiert österreichweit mit Bildungseinrichtungen und bietet MultiplikatorInnenschulungen sowie berufs begleitende Workshops für ErwachsenenbildnerInnen an. Eine der Aufgaben des Informationszentrums ist auch die Vermittlung von Anregungen für alternative Lernzugänge und die Vermittlung eines Gestaltungsspektrums politischer Bildungspädagogik.

Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Beratung bei der Einreichung um Fördermittel bei der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung. So erstellen wir gemeinsam mit den ProjektantragstellerInnen Projektantrag und Projektplanung, vermitteln ReferentInnen und kommen im Rahmen der Aktion „Politische Bildung – frei Haus“ auch selbst in die Bildungseinrichtungen, um den pädagogischen MitarbeiterInnen und ErwachsenenbildnerInnen Lernwege, Methoden und praktische Hinweise zur Planung und Durchführung von Projekten vor Ort vorzustellen. Diese Veranstaltung kann als Fortbildungstag oder als mehrstündiger Workshop mit einzelnen Modulen gebucht werden. Unser Folder „Politische Bildung – frei Haus“ ist als PDF unter www.politischebildung.at/folder herunterladbar.

Kontaktieren Sie uns,

- wenn Sie sich für Themen der politischen Bildung interessieren und weiterführende Informationen benötigen;
- wenn Sie Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen oder Adressen und Informationen zu Politik und Zeitgeschehen im Internet suchen;
- wenn Sie Projekte, Workshops, Vorträge, Seminare oder Kurse planen und inhaltliche oder didaktische Unterstützung möchten;
- wenn Sie auf der Suche nach Kontaktadressen und ReferentInnen sind;
- wenn Sie sich als ErwachsenenbildnerIn weiterbilden möchten.

Das Informationszentrum bietet außerdem folgende Leistungen an:

- Abhaltung von Workshops und Trainings (Train-the-Trainer, MultiplikatorInnenschulungen)
- Lehrgang „Internet + politische Bildung“
- Argumentationstrainings zu verschiedenen politikbezogenen Themen (Asyl, Gender, Soziales, Wirtschaft, Bildung, etc)
- Durchführung von Online-Konferenzen zu aktuellen politischen Themen und Fragestellungen der politischen Bildung
- Newsletter mit Informationen über Materialien, Veranstaltungen, Publikationen und Links.
Sie finden hier auch die Ausschreibungsbedingungen der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung, die einmal jährlich Projektmittel vergibt.
- Publikation der Broschüren der Reihe „politik aktuell“ zu Schwerpunktthemen
- Konzeption von Bildungsangeboten und speziellen Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen

Wie kontaktiere ich das IZ?

Wir sind telefonisch Montag bis Freitag zwischen 9.00 und 14.00 erreichbar. Sie können auch unseren Newsletter abonnieren und erhalten auf Wunsch Materialien und Informationen zu Themen der politischen Bildung:
www.politischebildung.at/newsletter

MitarbeiterInnen:

Mag. Wolfgang Russ / Dr. Marion Wisinger
Allgemeine Fragen richten Sie bitte an unser Sekretariat:
Franz Ellinger

Kontakt

Informationszentrum Politische Bildung
Mayerhofgasse 6/3, 1040 Wien
Tel.: 01/504 68 58, Fax: 01/504 58 89
eMail: info@politischebildung.at